Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

P.b.b.
Preis: S 8,-
Erscheint jeden zweiten Montag. **Redaktion:** Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180.-, Halbjahresabonnement S 100.- **Zu beziehen über:** KB Österreichs — Vertrieb
Nr. 22/80
22.9.1980

Lohnverhandlungen: Aufgesplitterte Forderungen erschweren Kampf

Die Lohn- und Gehaltsverhandlungen der wichtigsten Gewerkschaften haben begonnen. Die Metallarbeitergewerkschaft fordert eine Ist-Lohnerhöhung um 7,8%, mindestens 550.- Schilling; die Industrieangestellten 7,3% mindestens 850.- Schilling und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Eisenbahner, Postler, Gemeindebedienstete, Öffentlicher Dienst) fordern 9,5%.

Zum Teil schauen diese Forderungen recht gut aus - etwa die 9,5% des öffentlichen Dienstes oder die 850,- der Industrieangestellten. Aber durch die großen Unterschiede zwischen den Forderungen der einzellnen Gewerkschaften und die schlechte Forderung der Metallarbeiter ist eine komplizierte Lage entstanden.

Die Metallarbeiter - traditionell jene Gewerkschaft, deren Forderung als Richtlinie für die ganze Lohnrunde gelten und die auch meistens etwas höhere Abschlüsse als die anderen erreicht - gerade die Metallarbeiter findet man heuer am unteren Ende der Forderungen.

Die Privatangestellten fordern 850.- mindestens. Das wäre gut. Aber gerade für die Privatangestellten ist eine ausreichende Prozentforderung (etwa 9%) wichtig, damit nicht die vielen mittleren Angestellten wenigstens einen Ausgleich für die Inflation erhalten. Aber gerade hier ist die Prozentforderung am schlechtesten: 7,3 % Andererseits wären die 9,5% im öffentlichen Dienst geeignet - aber hier fehlt die Mindestforderung, obwohl das gerade hier sehr wichtig wäre. Die Gehälter im öffentlichen Dienst liegen weit unter dem Industrielohniveau. Mit einem Mindestbetrag von 900.- würde eine Angleichung erreicht und auch die großen Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen des öffentlichen Dienstes verkleinert. Das würde auch den Spaltungsmanövern entgegenwirken.

Für die Metallarbeiter werfen die 9,5% Forderung des öffentlichen Dienstes und der 850.- Mindestbetrag der Industrieangestellten die Frage auf: Wieso sollen sie mit 7,8%, mindestens 550.- auskommen? Die vom KB seit Monaten vertretene Forderung nach 9% mindestens 900.- entspräche den Interessen der Metallarbeiter.

Diese Frage zu beraten und dafür einzutreten daß die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppen 6,7,8 und die Forderung nach Zusatzurlaub für Schwerarbeiter in das KV Forderungsprogramm aufgenommen werden - darauf sollten sich die Metallarbeiter konzentrieren.

(Siehe Seite 6)



Während sich die großen Lohnrunden noch mehr oder minder im "Anfangsstadium" befanden, traten über 7000 Brauereiarbeiter letzten Freitag in den unbefristeten Streik. Zuvor hatte es 6 Verhandlungsrunden gegeben, bei denen die Kapitalisten sich geweigert hatten, einem rückwirkenden Abschluß per 1.August zuzustimmen.

Über die Lohnforderung von einer Erhöhung der Ist-Löhne um 9% hatte die Gewerkschaftsseite in den 6 Verhandlungsrunden allerdings nicht einmal noch geredet.

Zu Redaktionsschluß hielt der Streik der Brauereiarbeiter noch an. Nur soviel war bereits und ist weiterhin gewiß: Die Brauereiarbeiter zeigen, daß keinerlei Veranlassung besteht, sich von berechtigten Forderungen etwas herunterhandeln zu lassen. Ihre Antwort auf die Weigerung der Kapitalisten ist die einzig richtige Antwort. Seite 8

Freiheit für Kim Dae Yung!

Vor einer Woche hat ein Militärregime des faschistischen Seouler Regimes den koreanischen Freiheitskämpfer Kim Dae Yung zum Tode verurteilt. Kim wird zur Last gelegt, den vor wenigen Monaten blutig niedergeschlagenen Aufstand der Volksmassen der Stadt Kwangju vorbereitet und geleitet zu haben.

In der ganzen Welt ist nach dem schändlichen Urteil eine Welle des Protests losgebrochen. Die österreichische Regierung, die übrigens ausgezeichnete Beziehungen zum illegalen Seouler Regime unterhält hat sich dabei bisher äußerst zurückhaltend verhalten.

Die Urteile gegen Kim Dae Yung und seine 175 Mitangeklagten müssen rückgängig gemacht werden. Die österreichische Regierung muß gezwungen werden, Druck auf die Seouler Henker auszuüben!

Seite 10

EINE VIERTELMILLION FÜR KAMPUCHEA!



Seite 3

Gegen Chauvinismus und Reaktion: Oktober-Arena

Zum vierten Mal findet heuer am 11. Oktober in Klagenfurt die "Oktober-Arena/Oktobrski Tabor" statt. Seit vier Jahren gibt es diese Gegenveranstaltung zu den 10.-Oktober-Feiern der Bourgeoisie, die die Kärntner Volksabstimmung und den "Abwehrkampf" verherrlichen sollen, und findet von Jahr zu Jahr immer mehr Unterstützung nicht nur bei der slowenischen nationalen Minderheit, sondern auch beim österreichischen Volk und der österreichischen Arbeiterklasse. Heuer, wo die Bourgeoisie den 60. Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung besonders groß aufziehen will, gilt es, den Kampf für die Abschaffung dieses reaktionären Landesfeiertags, und für die Verwirklichung der Rechte der Minderheiten um einen großen Schritt voranzubringen.

Seite 4

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: [illegible]. Alle: 1050 Wien, Kleine Neugasse 11 / 18, Eigendruck.

NACHEINANDER KOMMEN PHNOM PENHER DELEGATIONEN IN HANOI ANGETANZT

Ende August vom Gesundheitsministerium der Minister und sein Stellvertreter, Anfang September die Direktoren der Nachrichtenagentur, des Rundfunks, ein Vertreter des Propagandaministeriums und zwei stellvertretende Generalsekretäre der Heng Samrin - Partei (Radio Hanoi, 29.8., Pressedienst Phnom Penh, 1.9.)

DAS FRÜHERE KAMPUCHEANISCHE STAATSOBERHAUPT SIHANOUK FORDERT DIE UNO AUF, DAS HENG SAMRIN - REGIME AUF IHRER 35.VOLLVERSAMMLUNG NICHT ANZUERKENNEN

"Heng Samrin ist nicht mehr als ein Quisling, der nicht Kambodscha, sondern die Sowjetunion und Vietnam repräsentiert." Wie Sihanouk sagte, habe er sich zu dieser Erklärung veranlaßt gesehen, nachdem einige Kampucheaner und ausländische Beobachter seine Haltung Heng Samrin gegenüber als "zwiespältig" beschrieben hätten. (Beijing Rundschau 35/80)

DAS UN-HOCHKOMMISSARIAT FÜR FLÜCHTLINGSFRAGEN (UNHCR) HAT ERNEUT GELDSPRITZEN AN DIE VIETNAMESEN ANGEKÜNDIGT

Und zwar sind es 14 Millionen US Dollar, über die sich der Pressedienst der Heng Samrin - Clique am 1.9. freut. Das Geld soll der Ansiedlung von 310.000 Flüchtlingen dienen, davon 115.000 aus Vietnam (!), 20.000 aus Laos (!) und 175.000 aus Thailand. Die Verteilung soll der Heng Samrin - Verwaltung obliegen, als Gegenleistung glaubt die UNHCR die Bewilligung zur Einrichtung eines Stabes mit 80 Mitarbeitern in Phnom Penh zu erhalten. Am 3.9. trafen sich Vertreter von Geberländern in New York. Schweden war für diese Lösung, die BRD, England und die USA "bezweifelten" ob die Hilfe über das in Kampuchea vorhandene Netz verteilt werden könne, China sagte, daß zuviel der Hilfe, die gegenwärtig nach Kampuchea ginge, entweder für die vietnamesischen Truppen, oder zum Aufbau der Heng Samrin - Verwaltung verwendet werden würde, und Japan lehnte eine Geldgabe ab, denn eine solche würde nur Verminderung der Hilfe nach Thailand bedeuten.

Ursprünglich sollte die Hilfe bereits am 1.September anlaufen und das Programm bis Ende September abgeschlossen sein. (Far Eastern Economic Review)

7 BIS 10 DIVISIONEN AN DER GRENZE ZU THAILAND STATIONIERT

Der sowjetische Flugzeugträger Minsk, der 130.000 Mann faßt (= ein Drittel der SU-Marine Mannschaft), ist in Camranh-Bay (Vietnam). Die Sowjetunion hat die Aufklärungsflüge über Südostasien verdoppelt. Die sowjetische Presse überschlägt sich in Meldungen über angebliche Verletzungen des kampucheanischen Territoriums durch thailändisches Militär und die "Friedensoffensive" Vietnams gegenüber den ASEAN-Staaten. Zu alledem flog der vietnamesische Außenminister Nguyen Ca Thach am 7.9. nach Moskau. Droht ein neuer sowjetisch-vietnamesischer Vorstoß nach Thailand? Nach Schätzung des Far Eastern Economic Review - Korrespondenten R. Nations kostet der Krieg in Kampuchea die Sowjetunion 1 Billion US Dollar jährlich.

ALS BEWEIS FÜR DIE ANWENDUNG VON GIFTCHEMIKALIEN IN KAMPUCHEA

brachte eine medizinische Gruppe des internationalen Roten Kreuzes Blutproben von getöteten Kampucheanern und vergiftete Bambusblätter nach Genf. Analysen zeigten eindeutig, daß toxische Chemikalien angewandt werden. Ein geflohener Offizier der vietnamesischen 75.Division sagte Journalisten gegenüber, seit Januar 1979 hätten die vietnamesischen Truppen in vielen Orten Kampucheas Gasgranaten eingesetzt und toxische Chemikalien z.B. in Wasserquellen geworfen (Beijing Rundschau 34/80).

2. o.NDK des KB Österreichs

Am 13. und 14.September fand in Wien die 2. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz (NDK) des Kommunistischen Bundes Österreichs statt, nachdem sich der im August 1976 gegründete KB im März des heurigen Jahres gespalten hatte.

Die 2.o.NDK zog Bilanz über das seit der Spaltung vergangene halbe Jahr, nahm in einer Reihe wichtiger Fragen Korrekturen bzw. Konkretisierungen der politischen Linie der Organisation vor und stellte die Weichen für die kommende Periode des Kampfes der Kommunisten.

Die Nationale Delegiertenkonferenz ist das oberste Organ unserer Organisation, das mindestens einmal jährlich die wichtigsten Entscheidungen trifft. Zur 2.o.NDK hatten sich vergangenes Wochenende in Wien Delegierte aus Wien, Graz, Klagenfurt, Salzburg und Linz versammelt. Ein Vertreter des Salzburger Marxistischen Studentenbundes (MSB) nahm an der Delegiertenkonferenz als Gast teil.

Der 2.o.NDK lagen der politische Bericht des Zentralkomitees, ein Bericht des Zentralkomitees über die Organisationsentwicklung sowie Resolutionen zur Frage der internationalen Lage, der Militärpolitik, der Gewerkschaftspolitik, sowie zu den Aufgaben unseres Zentralorgans vor. Weiters ein Beschlußentwurf zu Fragen der Handhabung unseres 1976 beschlossenen und 1978 z.T. abgeänderten Organisationsprogramms.

Zur Vorbereitung der 2.o.NDK hatten in der Vorwoche in allen Ortsgruppen des KB Mitgliederversammlungen stattgefunden, auf denen die Haltung der jeweiligen Ortsgruppen zu den der NDK vorgelegten Dokumenten festgelegt und die Delegierten zur 2.o.NDK gewählt wurden.

Die 2.o.NDK setzte sich mit den vorliegenden Dokumenten dann ausführlich auseinander, billigte in eigenen Resolutionen den politischen und den organisatorischen Bericht des Zentralkomitees und beschloß mit verschiedenen Änderungen die Resolutionen zur internationalen Lage, zur Militärpolitik, zur Gewerkschaftsarbeit und zu den Aufgaben des Zentralorgans. Als letzten Tagesordnungspunkt debattierte die 2.o.NDK über die Arbeit der einzelnen ZK-Mitglieder und führte die ZK-Neuwahl durch, deren Ergebnis das alte ZK in seinem Amt bestätigte.

An der Herausgabe der Dokumente der 2.o.NDK wird gegenwärtig gearbeitet. Sie werden in kurzer Zeit in Form einer eigenen Broschüre erhältlich sein.

VORBESTELLUNGEN FÜR DIESE BROSCHÜRE KÖNNEN BEREITS AN DIE REDAKTIONSADRESSE GERICHTET WERDEN.

Polen: Arbeiter kämpfen um Durchsetzung der Verhandlungsergebnisse

Vergangene Woche haben die Kommentare über die Entwicklung der Lage in Polen eine deutliche Wende vollzogen. Anstelle der Arbeiterbewegung und der anhaltenden Streiks verhandelt die bürgerliche Presse mit betonter Ausführlichkeit die Versuche der revisionistischen Parteibourgeoisie, gegenüber der Arbeiterbewegung aus der Defensive herauszukommen. Mit der Reise des stellvertretenden Ministerpräsidenten Jagielski nach Moskau vor etwa 10 Tagen wurde der Eindruck eines Berichts über Vergangenes erweckt. Dabei hat dieser mit Breschnew keineswegs in der Hauptseite über die "Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" zwischen Polen und der Sowjetunion und den 100-Mio.-Dollar-Sofortkredit für Lebensmittellieferungen verhandelt; zwischen den Zeilen las man die sowjetischen Mahnungen heraus, verborgen hinter der Floskel von der Anerkennung des "polnischen Wegs".

Unmittelbar nach Rückkehr der polnischen Delegation aus Moskau organisierte die PVAP auf Bezirksebene Parteiversammlungen. Auf einer solchen in Warschau forderte der Vorsitzende der Parteiorganisation der Polnischen Akademie der Wissenschaften Durcynski zu ernsthafter Überprüfung auf, ob die "antisozialistischen Elemente wirklich nur außerhalb der Partei zu finden" seien und ob nicht das Vorgehen gewisser Parteimitglieder "dem Ansehen der PVAP und dem Sozialismus bereits geschadet" habe. Am anderen Pol der äußerst gespannten Debatte griff ein Delegierter die im Gegensatz zum durchschnittlichen Arbeiterlohn von 5.000 Zloty beträchtliche Revenue der Parteibourgeois an, die in der Regel zwischen 15.000 und 20.000 Zloty, in Spitzenpositionen sogar bis 100.000 Zloty ausmacht. Er rief zur Ausmerzung "korrupter Elemente" auf und zur "Rückkehr zum richtigen Weg". Die heftigen Wortgefechte auf diesen Ausrichtungssitzungen für die Parteikader sind Wirkungen der anhaltenden Streikbewegung, die sich im Kleinkrieg um die Durchsetzung der unabhängigen Gewerkschaften nicht mit den ausgehandelten Dokumenten begnügen kann, wenn die Arbeiterbewegung ihre neue Kampfposition gegen die Bourgeoisie absichern will.

Ohnehin sind in verschiedenen Betrieben neuerlich Streikmaßnahmen ergriffen worden, weil die Direktionen die Bildung und Unterstützung unabhängiger, selbstverwalteter Gewerkschaftsorganisationen zu unterdrücken versuchen. Im südpolnischen Kielc sind Automobilarbeiter bereits zum zweiten Mal in den Streik gegen solche Behinderungen getreten. Die Direktion hatte letzte Woche per Aushang erklärt, Arbeiter die die neue Gewerkschaft unterstützten, hätten keinen Anspruch mehr auf die über die staatliche Gewerkschaft verteilten Sozialleistungen wie Erholungsheimaufenthalte und zinsgünstige Darlehen aus dem gewerkschaftlichen Hilfsfonds. Mitte voriger Woche fand in Gdansk eine öffentliche Versammlung von Delegierten den bislang gebildeten unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen statt, die über die Durchsetzung der amtlichen Registrierung berieten und das Statut der unabhängigen Gewerkschaften der Ostseeküste debattierten; das Anfang dieser Woche den Behörden mit dem Antrag auf Registrierung zugehen soll.

Gegenüber der Erklärung im Parteiorgan "Trybuna Ludu", die Vereinbarung von Gdansk gelte für alle Betriebe, weitere Streiks um Anerkennung unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen seien mithin nicht nur unnötig, sondern zunehmend von "unrealistischen Forderungen" geprägt, verlassen sich die Arbeiter nur auf das, was sie gegen die Direktionen schwarz auf weiß durchsetzen. Gleichzeitig ist deutlich eine Bewegung hin zu regionalen Zusammenschlüssen der neuen Gewerkschaften festzustellen; so umfaßt die Organisation von Huta-Katowice inzwischen 75 Betriebe, die ein gemeinsames Komitee mit der Beantragung der Registrierung beauftragt haben.

Der Austausch von Figuren im Führungskader der staatlichen Gewerkschaften und ihres Zentralrats hat die Arbeiterbewegung nicht in die Irre führen können. Vielmehr haben 700.000 Beschäftigte des Gesundheitswesens, die Lehrer und die Hafenarbeiter an der Ostseeküste in Gewerkschaftsversammlungen die Auflösung der jeweiligen staatlichen Zwangsgewerkschaft und die Umwandlung in eine unabhängige, selbstverwaltete Organisation beschlossen.

Weil die Kämpfe nach wie vor die objektiv in den Betrieben zusammengefaßten Arbeiter als Basis haben, ist der Manövrierspielraum der Parteibourgeoisie vermittels ihrer staatlichen Gewerkschaft äußerst eng. Sie konzentriert sich daher jetzt auf das Kernproblem, "das Vertrauen der Arbeiter in die Partei wiederherzustellen". Der Angriff auf Korruption und Bourgeoisallüren ist dabei nur das Schattengefecht, das die eigentliche Auseinandersetzung dekorfert. Die Frage ist vielmehr, wie die politische Isolierung der Arbeiterbewegung als "antisozialistisch" zu bewerkstelligen ist. Jagielskis Bericht an die sowjetische Führung steht im Einklang mit der Warnung, die der neue polnische Ministerpräsident Jablonski am 18.9. in "Trybuna Ludu" angab: die notwendige Stabilisierung verlange jetzt entschiedenen Kampf gegen alles, was sich gegen das Bündnis richte, das die grundlegende Garantie für die Unabhängigkeit Polens darstelle. Daß mit 100.000 Zloty im Monat auch Kompradoren durchgefüttert werden, die für das "Hilferuf" an die "brüderliche" Sowjetunion anbieten könnten, ist der Arbeiterbewegung jedoch nicht erst seit letzter Woche bewußt. Ihr Festhalten an ihren elementaren Klasseninteressen hat, nebenbei bemerkt, einige dieser hochdotierten Bourgeois auf Betriebs- und Bezirksebene um die Revenue gebracht. (ab)

Wahlagitation in Linz



Anläßlich der bevorstehenden Gemeinderatswahlwiederholung in Linz am 5. Oktober führte der KB am 20. 9. eine Stadtagitation am Linzer Taubenmarkt durch. Ziel der Agitation war es, die Linzer dazu aufzurufen, keiner der fünf bürgerlichen Listen ihre Stimme zu geben, und besonders auch, sie über die Liste 5 aufzuklären, die den Namen des Kommunistischen Bundes Österreichs mißbraucht. Weiters ginges darum, die Ziele und Ansichten des KB und seine Vorschläge zu den wichtigsten politischen Aufgaben klarzustellen.

Verwendet haben wir den KLASSENKAMPF und ein Flugblatt mit dem Titel "Keine Stimme den fünf bürgerlichen Listen".

Wir trafen viele Leute, die den KB von vor der Spaltung kennen. Sie drängten auf Aufklärung, was mit dem KB in letzter Zeit passiert sei. Sie hatten bemerkt, daß jedenfalls die Leute der Liste 5 die Ziele des KB nicht mehr vertreten und sich immer seltener blicken ließen.

Wir erklärten die Gründe und die Notwendigkeit der Spaltung und berichteten über unsere seitherige Arbeit. Unter anderem erklärten wir unsere Politik zum Metall-KV und zu den Verhandlungen im öffentlichen Dienst. Wir sprachen auch über die Notwendigkeit, die polnischen Arbeiter und das Demokratische Kampuchea zu unterstützen. Wiederholt fanden wir Zustimmung, unter anderem auch von Arbeitern der VOEST.

Wir verkauften zwar nur 22 Zeitungen, aber angesichts dessen, daß in Linz seit ungefähr einem Jahr keine revolutionäre Arbeit mehr geleistet worden ist, ist das Ergebnis nicht so schlecht.

Auch marxistische Literatur, die wir auf einem Büchertisch anboten, wurde gekauft.

Selbstkritisch müssen wir feststellen, daß wir die Frage der Wahlen selbst vernachlässigten und hier die bürgerlichen Parteien nicht scharf genug angegriffen haben, was wir jedoch bei den künftigen Agitationen korrigieren werden. (gt)

Gut angekommen

... ist die letzte Nummer des "KLASSENKAMPF" bei den Kollegen des Postamtes 5020 in Salzburg. Die Betriebszelle hatte eine ganze Seite mit einem Bericht über die Arbeitsbedingungen, vor allem in der Paket- und Briefumleitung zusammengestellt.

Knochenarbeit rund um die Uhr, Personalmangel hinten und vorne, bei gestiegenen Verkehrsleistungen, ein Gehalt, das nicht reicht und zu Überarbeit zwingt...

Schon kurz nach den ersten verteilten Zeitungen (sie wird sonst um öS 8,- verkauft, diesmal wurde sie zum "Kennenlernen" verteilt, kamen Kollegen heraus und nahmen für andere Exemplare mit.

Zustimmung, Stolz, "in der Zeitung zu stehen", Hinweise auf andere Mißstände, auch Kritik, (unrichtige Angaben, wenig über Lage der Putzfrauen), das konnten wir noch während des Verteilens und beim Verteilen des 14-tägig erscheinenden "Roten Posthorn" (Betriebszeitung der Zelle) einige Tage später hören.

So wie beim Bericht über das Postamt 5020 ist es für den ganzen "KLASSENKAMPF" wichtig, daß noch mehr Kollegen mitarbeiten und der "KLASSENKAMPF" zu einem Organ der revolutionären Arbeiterbewegung wird.



Postamt 5020 Salzburg

EINE VIERTELMILLION FÜR KAMPUCHEA !

Am 17.September übergab eine Delegation des ZK des KB Österreichs 282.000,- Schilling an die Pariser UNESCO-Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Diese wird das Geld an das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea weiterleiten.

Viele hundert Menschen haben während der ersten Sammlung des KB von März bis Juli diesen Jahres mit ihrer Spende das kampucheanische Volk in seinem Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression unterstützt. Die Vertretung des Demokratischen Kampuchea bedankte sich herzlich für diesen Akt der Solidarität.

Am 1.Oktober beginnt nun eine weitere Spendensammlung des KB für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea. Bis Jänner 1981 soll mindestens eine Viertelmillion Schilling aufgebracht werden.



Dies ist das Symbol der Spendensammlung des KB Österreichs für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea. Es zeigt zwei kampucheanische Befreiungskämpfer und symbolisiert so, daß es der Befreiungskampf des kampucheanischen Volkes ist, der als einziger imstande ist, das "Kampuchea-Problem" zu lösen. Diesem Befreiungskampf dient das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea und diesem Befreiungskampf dient auch unsere Spendensammlung. Hunger und Krankheiten gegen die sich die Tätigkeit des Roten Kreuzes in Kampuchea richten und gegen die auch unsere Spendensammlung eine Hilfe sein soll, entstehen ja nicht etwa, wie in den österreichischen Medien oft und gern erzählt wird durch den Befreiungskampf, sondern sie sind die - vom Aggressor eiskalt einkalkulierten - Begleiterscheinungen des Überfalls auf Kampuchea, die es solange geben wird, bis dieser Überfall beendet, die Aggressoren vernichtet sind. Wer gegen Hunger und Seuchen in Kampuchea wirklich etwas tun will - der muß den Befreiungskampf unterstützen!

Im Zuge dieser Spendensammlung wollen wir einiges dazu tun, um der Forderung nach diplomatischer Anerkennung des Demokratischen Kampuchea durch die Bundesregierung Gehör zu verschaffen. Die österreichische Bundesregierung soll gegen die Besetzung Kampucheas Stellung nehmen, statt sie dauernd zu decken und zu verharmlosen. Dazu rufen wir zu einem Aktionstag vor Weihnachten auf. Am 25.Dezember ist das zweite Jahr voll, in dem das kampucheanische Volk im Widerstandskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression steht und an diesem Tag jährt sich auch das erste Mal der Beginn der sowjetischen Aggression gegen Afghanistan. Obwohl die Vietnamesen in Kampuchea mit äußerster Brutalität vorgehen und mit der Waffe des Hungers, mit chemischen Giften und konventionellen Waffen schon über zweieinhalb Millionen Menschen umgebracht und eine weitere Million zur Flucht gezwungen haben, um das Land für vietnamesische Besiedlung freizubekommen und ein "Großvietnam" zu schaffen, dehnt sich der Widerstand aus. Die Nationale Armee des Demokratischen Kampuchea hat ihre Taktik vom Stellungs- und Bewegungskrieg auf den Guerillakampf geändert und den großen vietnamesischen Ausrottungsfeldzügen des Jahres 1979 standgehalten. Zum Ende der Trockenzeit im heurigen April hat sich die Lage der Volksbefreiungsstreitkräfte gebessert, der vietnamesische Aggressor wird auf seine Positionen festgenagelt und zermürbt. Monatlich werden über 10.000 Vietnamesen ausgeschaltet und die Militärmachthaber in Hanoi kommen in immer größere Schwierigkeiten, die 250.000 Mann Armee aufzufüllen. Auch international ist es den Vietnamesen und der Sowjetunion nicht gelungen die Anerkennung ihres Marionettenregimes in Phnom Penh zu erreichen.

Im Krieg gegen den US-Imperialismus 1970-75 hat das 7 Millionen Volk von Kampuchea heldenhaft gekämpft und in der von der hiesigen Presse aufs Gehässigste verleumdeten Aufbauphase bis Ende 1978 hat es ebenso diesen Geist unter Beweis gestellt. Seit 1979 steht das nunmehr auf 5 Millionen verstümmelte kampucheanische Volk im schwersten Kampf seiner zweitausendjährigen Geschichte - ein Kampf ums Überleben gegen einen noch grausameren Aggressor als es vormals der US-Imperialismus war. Neben der Bedeutung für das Überleben der kampucheanischen Nationen bildet der Kampf auch einen Wall gegen das weitere Vordringen der Sowjetunion und Vietnams in Südostasien. Der Kampf dient der Wahrung des Rechts eines jeden Landes, seine Geschicke selbst zu bestimmen.

Die Freiheit Kampucheas muß zur Sache eines jeden fortschrittlichen Menschen in Österreich werden.

SPENDEN AUF DAS KONTO:

P.S.K. - 1.319.824

ERHÄLTLICHE PROPAGANDAMATERIALIEN

Zur Führung der Kampagne sind vom Kommunistischen Bund folgende Mittel hergestellt worden:

* Plakat (44 x 62 cm)
* Flugblatt
* Informationsbroschüre
* Solidaritätspostkarten (farbig)
* Quittungsblocks

Alle unsere Leser, die sich in irgendeiner Form aktiv an der Kampagne beteiligen wollen, können diese Materialien bei der Redaktionsadresse anfordern.

Insbesondere die Quittungsblocks sollen eine breite Beteiligung am Spendensammeln ermöglichen.

Einerseits dienen sie als Berechtigungsnachweis für den Sammler, andererseits dienen die beiden Abschnitte der durchnummerierten Blätter als Quittung, bzw. als Verrechnungsbeleg.

ABONNIERT "KAMPUCHEA NEWS LETTER"!

Diese in englischer Sprache erscheinende Zeitschrift wird vom Internationalen Sekretariat der Stockholmer Kampuchea-Konferenz herausgegeben, das zur Zeit die nächste internationale Konferenz für 1981 in Tokyo vorbereitet. Die Zeitschrift erscheint 8 bis 10 mal im Jahr und kostet im Abonnement 10 US-Dollar.

Das Internationale Sekretariat bittet um Anregungen, Kommentare und Informationen. Insbesondere fordert es alle Leser auf, über Solidaritätsaktivitäten zu berichten. So kann die Zeitschrift immer besser ihrem Zweck gerecht werden, den Volkskrieg des Demokratischen Kampuchea und die internationale Solidarität mit ihm zu dokumentieren und zu verbreiten.

Bestellungen sind zu richten an:

Kampuchea Conference, Pipersgatan 11
S-112 24 Stockholm
Schweden, Postscheckkonto Nr. 442 12 59.

Im befreiten Kampuchea- Bericht von französischen Besuchern

Sorbonne-Professor Edmond Jouve, Theologe Jean Cardonel und Doktor Georges Afanassief hielten sich am 23. und 24.Juli auf Einladung der Regierung des Demokratischen Kampuchea in befreiten Gebieten auf. Cardonell und Afanassief schilderten gegenüber der französischen Zeitung "Humanité rouge" ihre ersten Eindrücke in einem Interview, daß wir hier auszugsweise wiedergeben:

J.C.: Wir haben uns zwei Tage lang in Kampuchea aufgehalten. Sie waren von einer außerordentlichen Dichte, weil verschiedene Besuche abwechselten. Wir besuchten z.B. ein Dorf in der Nähe des Zentrums der Widerstandskräfte Kampucheas, mit seinem Spital, seiner Schule, die mir sofort den Eindruck vom alltäglichen, sehr harten Leben vermittelten. Ich werde den verzweifelten Blick eines unterernährten Jungen nicht vergessen. Und auch nicht die Umgebung der Schule, wo die Kinder das Lesen lernten. Als wir die Kinder fragten, was sie am nötigsten hätten, antworteten sie: wir möchten Hefte, weil unsere Regierung im Moment zu arm ist, um sie uns geben zu können. Die Kinder schrieben auf Schiefertafeln. Wir spürten sogleich in dieser Athmosphäre der Schule, was wir danach in allen unseren Gesprächen, besonders mit dem Premierminister Khieu Samphan, immer wieder merkten: so etwas wie nationalen Stolz. So lautete der Text, den die Kinder schreiben lernten: Das demokratische Kampuchea, das wir zutiefst lieben, durchläuft gegenwärtig der vietnamesischen Aggression zufolge die schrecklichste Prüfung seiner Geschichte. Ein Gefühl der Armut also. Thion Moun, Minister für Wissenschaft und Technik, sagte uns: Die wichtigste Aufgabe sei zur Zeit der Widerstand, doch sobald sie Erfolge erzielt und den Feind weiter zurückgeschlagen hätten, könnten sie sich voll den Erziehungsaufgaben widmen.

G.A.: Wir waren auch in einer sicheren Basis, unter dem Schutz der nationalen Armee. Um dorthin zu gelangen, mußten wir sehr engen und gewundenen Wegen folgen, die von Minen und Bambusspitzen übersät waren. Wir durften diesen Weg nicht verlassen, auf dem wir von einem Khmer geführt wurden. Als wir ankamen, war der Empfang sehr herzlich.

GESPRÄCH MIT KHIEU SAMPHAN: "KEINE MASSAKER!"

J.C.: Edmond Jouve und ich stellten ihm einige Fragen in Bezug auf die Vergangenheit, z.B.: "Herr Minister, das Vorgehen der sogenannten Roten Khmer, das die Gefahr der Unmenschlichkeit beinhaltete, kritisieren Sie es heute?" Khieu antwortete sehr klar: "Wir verleugnen keineswegs unsere sozialistische Erfahrung. Glauben Sie mir, Pater, das was Sie Unmenschlichkeit nennen, war das Resultat der Sabotagetätigkeit vietnamesischer Agenten." Wir forderten ihn auf, zu präzisieren, was er unter vietnamesischen Agenten verstehe. Er meinte sowohl Leute vietnamesischer Herkunft wie auch eine ganze Fraktion von Leuten, die durch die Schule des vietnamesischen Sozialismus gegangen seien (die KP Vietnams bezeichnete sich selbst als indochinesische Partei). Wenn es unschuldige Opfer gegeben habe, so seien Elemente, die von der vietnamesischen Ideologie angesteckt waren, für die Fehler, für die mangelnde Koordination mit der Erfahrung des Volkes, besonders der Bauern und für gewisse Aspekte der Brutalität verantwortlich.

G.A.: Der Premierminister unterschied zwischen Erpressungen, deren Ursprung er provietnamesischen Khmers zuschrieb, die an der indochinesischen Föderation festhielten und eine intensive Wühlarbeit im Inneren Kampucheas betrieben, um Kampuchea zu besiegen, wie dies vorher mit Laos gelungen war. Khieu Samphan leugnete nicht die Fehler, die von ihren Kadern, Patrioten und aufrichtigen Menschen begangen worden seien. Diese seien jedoch eng mit dieser verwirrenden Lage verbunden gewesen. Er gab offen zu, daß es Fehler gegeben habe, jedoch niemals Massaker.

30 km entfernt von dem Ort, wo wir diese Diskussion führten, war die Front, wo ein vietnamesischer Angriff, ausgeführt von sieben Infanterie-Divisionen und Marineregimentern stattfand mit dem Ziel, bestimmte Stellungen zu erobern. Wie uns Khieu Samphan erzählte, befand sich Pol Pot, Oberkommandierender der Armee, an der Front. Während unseren Gesprächen konnten wir das laute Dröhnen der 105 mm-Kanonen der Vietnamesen hören. Die Regenzeit, die eben begonnen hatte, war sehr günstig für die kapucheanischen Patrioten, weil die Vietnamesen nicht in der Lage waren, Giftgase, schwere Artillerie und Panzer einzusetzen. Wir haben selbst erlebt, wie unser Landrover im Boden versank und von zwölf Khmer herausgestoßen werden mußte. Wir haben selbst gesehen, wie die Landschaft innerhalb weniger Minuten von einem Monsunregen überschwemmt wurde. Diese Periode erlaubt es den Khmer, sich wichtigen vietnamesischen Angriffen entgegenzustellen. Während der Trockenzeit führten sie einen Guerillakrieg, jetzt setzen sie ihn fort, führen aber gleichzeitig Sturmangriffe bis nach Phnom Penh. Sie verüben Sabotageakte an vietnamesischen Konvois, nirgends sind die Vietnamesen in Sicherheit.

EINHEITSFRONTPOLITIK

J.C.: Wir fragten den Premierminister: "Wie seht ihr die nähere und weitere Zukunft für euer befreites Land und für seinen Platz in der internationalen Gemeinschaft?" Er legte sehr ausführlich dar, daß das Demokratische Kampuchea der Garant für unsere eigene nationale Unabhängigkeit sei, das heißt eine Niederlage in Kampuchea hätte schwerwiegende Konsequenzen auf die sowjetische Strategie. Die UdSSR könnte sich so nach Südostasien ausbreiten und auf diese Weise den Westen besser einkreisen. Im Moment stehe nicht der Aufbau einer wirklichen unabhängigen Khmer-Nation im Zentrum. Es gehe jetzt um die grundsätzliche Frage des Überlebens seines Volkes. Unser Stolz, unsere nationale Identität: diese Wörter hörten wir immer wieder.

Sie sind sich bewußt, daß es nicht nur eine Sache der Khmer ist, daß es darum geht, eine neue Art von Solidarität zu schaffen. Khieu Samphan vermeidet es, von internationaler Solidarität zu sprechen, weil dieser Begriff dazu diente, eine expansionistische und hegemonistische Politik zu rechtfertigen. Für sie geht es jetzt darum, eine internationale Einheitsfront gegen die sowjetische Bedrohung zu schaffen.

G.A.: Wir haben gut eingerichtete militärische Einrichtungen gesehen, reguläre Guerilleros des Demokratischen Kampuchea. Doch der Premierminister erklärte uns, das wichtigste sei heute die neue strategische Politik. Es ist eine Politik der Öffnung gegenüber allen sozialen Schichten, die es zu vereinen gilt, eine Öffnung gegenüber allen Völkern und Ländern der Welt, die den Kampf des Khmer-Volkes unterstützen können. Wenn sie Erfolge gegen die Offensive der Trockenzeit erreicht hätten, wenn es ihnen gelungen sei, das Volk für die Guerilla zu mobilisieren, so sei dies allein auf die breite Einheitsfrontpolitik zurückzuführen, meinte Khieu Samphan. Dank der breiten Einheit der Länder rechnen sie damit, daß Kampuchea seinen Sitz in der UNO bewahren kann.

Budgetklausur:

10 Milliarden Mehrbelastung

Bei ihrer Klausurtagung am 10. September hat die Regierung die budgetpolitischen Maßnahmen, die sie bei der letzten Klausur im Sommer schon angedeutet hat, nun präzisiert. Der wiedergeborene Androsch, von dem Kreisky ja mehrmals betont hat, daß er voll hinter seiner Politik stehe und nur seine Vermögensverhältnisse anstößig finde, präsentierte das Programm.

Als Ziel gab er nach wie vor die Beschränkung der Neuverschuldung auf 25 Milliarden an. (Nach Berechnungen der Wirtschaftsforscher müßte der Staat, "wenn nichts unternommen wird", 1981 neue Schulden von rund 40 Milliarden machen). Es zeigt sich, daß die erforderlichen Milliarden hauptsächlich durch Mehreinnahmen und nur zum geringeren Teil durch Einsparungen aufgebracht werden sollen. Gleichzeitig hat der Finanzminister angekündigt, daß "für den Fall eines plötzlichen Konjunktureinbruchs" bereits "Schubladenprogramme" erarbeitet werden, die dann nur mehr hervorgeholt werden müßten.

Das heißt, während einerseits auf die Beschränkung der Neuverschuldung und die Sanierung des Budgets hingearbeitet wird, werden gleichzeitig schon Pläne gemacht, das eingesparte Geld dafür auszugeben, um bei Einbruch der Krise die Unternehmer vor Auftragsmangel und Profitschwund zu bewahren. Mit anderen Worten: nachdem in den Staatskassen, die schon fast soviel Schulden haben, wie die Einnahmen eines Jahres betragen, kein Geld für ein neuerliches Kriseneingreifprogramm wie 1975 vorhanden ist, und Androsch den Schuldenballast auch nicht ins unendliche wachsen lassen kann, wird vorausblickend schon jetzt das Volk zur Kasse gebeten. Bei der Budgetsanierung geht es natürlich nicht darum, den Schuldenberg abzubauen, damit die Steuergelder des Volks nicht für Kreditzinsen an die Banken verpulvert werden, sondern darum, daß die Regierung die Hände freibekommen will für ein neues Programm zur Stützung der Kapitalistenprofite. Darin ändert auch die Tatsache, daß Bundeswirtschaftskammer und Industriellenvereinigung ein lautes Geschrei gegen einige geplante Maßnahmen angestimmt haben.

Geplant sind: Tariferhöhungen bei Postbediensteten, Telefon und Bahn, Erhöhung verschiedener Stempelgebühren, Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energieträger (Strom, Gas, Heizöl) von derzeit 8 auf 12-14%, "Umschichtungen" im Bereich der Sozialversicherung, Streichung des staatlichen Zuschusses zum Prämiensparen, eine Abgabe für Bankfilialen und eine Abgabe für Tankstellen.

Am genauesten sind bereits die Erhöhungen der Tarife für Telefon und Postdienste ausgearbeitet. Im Entwurf zum Fernmeldegebührengesetz, der kürzlich zur Begutachtung ausgesandt wurde, ist vorgesehen:

Ab 1.1.1981 wird erhöht
* Grundgebühr für Vollanschluß von S 140,- auf S 160,-.
* Grundgebühr für Viertelanschluß von S 90,- auf S 110,-
* Gebühr für 1 Stunde Ortsgespräch von S 25,- auf S 30,-
* Gebühr für Sonderdienste (wie Weckruf) von S 5,- auf S 10,-

Dafür soll es einige "Zuckerln" geben, wie die Verbilligung von Ferngesprächen der Zone 1 (5 bis 25 km) um 20%, und von Ferngesprächen über 100 km um 14%. Der ermäßigte Nachttarif für Ferngespräche soll statt von 19 Uhr bis 8 Uhr jetzt von 18 Uhr bis 8 Uhr gelten, und Ferngespräche der Zone 1 sollen bei Nacht zum Ortstarif verrechnet werden. Postgeneral Übleis wies zwar stolz darauf hin, daß man nach New York künftig um weniger als 40 Schilling pro Minute telefonieren können wird, doch wird das den Durchschnittsfernsprechteilnehmer kaum entschädigen.

Bei den Postdiensten soll ab 1.3.1980 die Gebühr für Postkarten und Drucksachen von S 2,50 auf S 3,- erhöht werden und der Sondertarif für Geschäftsbriefe abgeschafft werden.

Die Grundgebühr für Fernschreibanschlüsse soll von S 138,- auf S 300,- angehoben werden.

Österreich hat damit das sechstteuerste Kartenporto und das viertteuerste Drucksachenporto Westeuropas.

Durch die Tariferhöhungen sollen beim Telefon Mehreinnahmen von 900 Milliarden Schilling und bei den Postdiensten von 470 Milliarden erzielt werden. Daß sie direkt der Sanierung des Staatsbudgets zugutekommen sollen, drückt der Generaldirektor Übleis so aus: "Der Finanzminister hat uns seit 1945 insgesamt mit 25 Milliarden versorgt, man muß das ja irgendwie zurückzahlen."

Die Tarife der Bundesbahnen sollen ab 1.1.1981 um 12 bis 14 Prozent erhöht werden. Das soll Mehreinnahmen von rund 1,6 Milliarden bringen.

600 Millionen sollen dem Finanzminister die höheren Stempelgebühren bringen, und weitere 600 Millionen die Streichung der Sparprämien.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Heizöl würde eine Erhöhung des Gesamtpreises um fünfeinhalb Prozent bedeuten. Der Liter Heizöl zum Beispiel würde dadurch um 25 Groschen teurer. 800 Millionen Schilling soll diese Mehrwertsteuererhöhung bringen.

Die größten Einsparungen, werden – wie vorauszusehen war – die Zuschüsse zu den Sozialversicherungen betreffen. Durch das Verschieben von Geldern von den Versicherungskassen mit Überschüssen zu denen mit Defizit will Androsch sich rund zwei Milliarden an Zuschüssen ersparen.

Schließlich sollen noch die Besteuerung der Banken – 200.000,- bis 250.000,- Schilling pro Filiale bzw. Hauptanstalt – und der Tankstellen jeweils eine Milliarde einbringen. Die Bundeswirtschaftskammer hat schon angekündigt, daß dies zu höheren Kreditzinsen und höheren Benzinpreisen führen müsse, und Ölfirmen und Banken drohen mit der Schließung von Tankstellen bzw. von Filialen, was die Nahversorgung vor allem ländlicher Bereiche treffen solle.

Runde zehn Milliarden Schilling soll also dieser Maßnahmenkatalog bringen, zusätzlich zu den zehn Milliarden, die automatisch durch die Lohnsteuerprogression anfallen werden, und die schon längst in die Budgetpläne einbezogen sind.



Telefon: um 20 Prozent teurer

4. Oktober-Arena / Oktobrski Tabor

Für die Rechte der Minderheiten!

Zum vierten Mal wird heuer am 11. Oktober in Klagenfurt/Celovec die Oktober-Arena/ Oktobrski Tabor stattfinden. Von Jahr zu Jahr haben diese Gegenveranstaltung gegen die offiziellen 10.Oktober-Feiern immer mehr Menschen unterstützt.

Der 10. Oktober ist seit Jahrzehnten ein Feiertag der herrschenden Klasse Kärntens und Österreichs. Er war Landesfeiertag von 1930 bis 1945 und von 1949 bis heute. Seit jeher dient er der Verherrlichung des "Abwehrkampfes" und der Kärntner Volksabstimmung, die beide als Kampf um das Selbstbestimmungsrecht je nachdem der österreichischen oder auch der deutschen Nation hingestellt wurden und werden. In Wahrheit ging es um die Aufteilung der slowenischen Nation. Bis heute dient der 10. Oktober der Bourgeoisie, um Haß gegen den Kärntner Partisanenkampf und die Slowenen, die darin die führende Rolle spielten zu säen. Er dient ihr, um antijugoslawische Propaganda und Völkerhaß zu verbreiten.

Dagegen aufzutreten ist Pflicht aller klassenbewußten Arbeiter. Es ist unsere Pflicht, den Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterschaft und der in Kärnten lebenden Völker zu führen.

Die slowenische nationale Minderheit hat diesen Festtag immer abgelehnt. In den letzten Jahren hat sich auch ein immer breiterer Zusammenschluß zwischen dem slowenischen und dem österreichischen Volk herausgebildet. Die Gegenveranstaltungen zum 10.Oktober sind eine Form des gemeinsamen Kampfes. Und eines der Ziele dieses Kampfes ist es, den 10. Oktober als Landesfeiertag abzuschaffen.

Der Bourgeoisie liegt sehr viel an diesem Feiertag. Zweimal in den letzten 60 Jahren drohte ihr die Gefahr, das Südkärntner Territorium zu verlieren. Schon nach dem 1.Weltkrieg verlor sie einige slowenische Teile Kärntens, die sie annektiert hatte, und nach dem 2. Weltkrieg drohte auch der verbliebene slowenische Teil Kärntens verlorenzugehen. Die Furcht, dieses Gebiet mit seinen ökonomischen Ressourcen und dem Menschenmaterial, das man ausbeuten kann, zu verlieren, steckt ihr noch immer tief in den Knochen. Und solange die slowenische Nation hier existiert und ihre nationale Eigenständigkeit bewahrt, kann sie diese Bedrohung ihres Territoriums nie ganz ausschließen. Sie kann ihr nur so entgegentreten, daß sie die nationale Eigenständigkeit der slowenischen Minderheit auszulöschen versucht.

Das läßt sie sich einiges kosten. Im April dieses Jahres meldete die "Kärntner Tageszeitung" (SP): "Kärntens Industriearbeiter haben am 10.Oktober frei". Auf Ansuchen des SP-Landeshauptmanns Wagner hat die Kärntner Wirtschaftskammer mit dem ÖGB einen Sonderkollektivvertrag für Kärnten abgeschlossen, der dem heurigen 10. Oktober – der als 60. Jahrestag der Volksabstimmung besonders groß aufgezogen wird – einem gesetzlichen Feiertag gleichsetzt, sodaß die Arbeiter und Angestellten ihren Lohn weiterbezahlt bekommen. Das kostet bei 168.000 Lohnabhängigen in Kärnten runde 100 Millionen. Doch damit ist es nicht getan. Damit die Feiern auch wirklich ein Erfolg werden, verbreitete die Arbeiterkammer ein Schreiben, in dem sie jedem Beschäftigten ein Pauschale von S 100,- und den Ersatz der Reisespesen verspricht, der sich an den offiziellen Feiern in Klagenfurt/Celovec beteiligt.

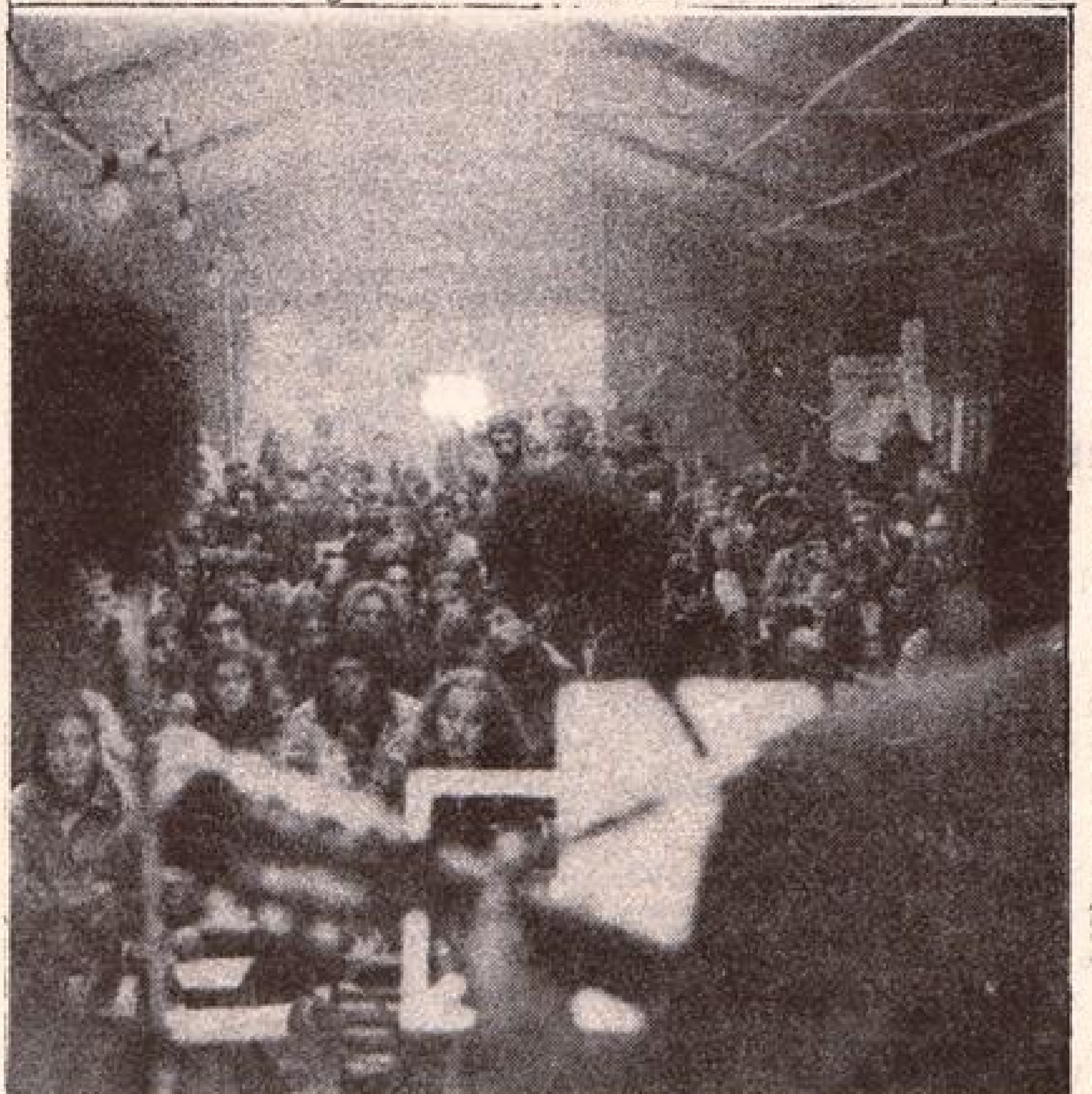
Der Bourgeoisie und den bürgerlichen Parteien ist nichts zu teuer, um ihre imperialistische Propaganda an den Mann zu bringen. Es geht darum, den Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten, und den zwischen der slowenischen nationalen Minderheit und dem kapitalistischen Staat zu verdecken, und an seine Stelle den Widerspruch zwischen allen "Kärntnerinnen und Kärntnern" und der "slawischen Bedrohung" zu setzen.

Diese Widerspruch soll ablenken von der wirtschaftlichen Unterentwicklung der ganzen Region, soll das niedrige Lohnniveau in Kärnten verdecken, soll die Arbeiterklasse hindern, für ihre selbständigen Interessen zu kämpfen und verhindern, daß sich das österreichische Volk und die slowenische nationale Minderheit zum gemeinsamen Kampf gegen den bürgerlichen Staat verbünden.

Der Kampf gegen all das ist nicht einfach. Seit Jahrzehnten trägt gerade die Sozialdemokratie den Chauvinismus in die Arbeiterklasse hinein, und die Gewerkschaft macht sich zum Handlanger dieser Politik. In den kommenden Jahren wird es notwendig sein, in der Gewerkschaft für eine dem Chauvinismus entgegengesetzte Politik zu arbeiten. Auch heuer schon muß die Forderung erhoben werden, daß der ÖGB sich an den Oktoberfeiern des Landes nicht beteiligt und seine Mitglieder zur Teilnahme an der Oktober-Arena/ Otobrski Tabor aufruft.

Die Losung "Für einen neuen Oktober" kann nur dann ihre volle Kraft entwickeln, wenn die slowenische Minderheit und die Arbeiterbewegung den entschiedenen Kampf gegen die 10.Oktoberfeiern und für die Abschaffung dieses Feiertages führen. Der Oktober soll zum Monat der nationalen Minderheiten werden und der Kampf darum soll der Kampf um die konsequente Verwirklichung der Rechte der nationalen Minderheiten in Österreich sein. Auch das Verbot des "Kärntner Heimatdienstes" muß in diesem Kampf durchgesetzt werden, denn der KHD ist nichts anderes als der vorgeschobenste Posten reaktionärer und aggressiver imperialistischer Politik und sein Ziel ist nichts anderes als die nationale Auslöschung der slowenischen Minderheit.

Dieser Kampf kann nur geführt werden, wenn die gemeinsamen Interessen aller unterdrückten Klassen und Schichten und der nationalen Minderheiten herausgearbeitet werden und die Arbeiterklasse die führende Rolle übernimmt. Geführt kann er nicht werden als Kampf aller "Kärntnerinnen und Kärntner", sondern nur als Teil des gesamten Klassenkampfes in Österreich zum Sturz der herrschen Klasse. (lwi)



Die Oktober-Arena findet heuer am 11.Oktober auf dem Messegelände von Klagenfurt/ Celovec statt. Das Programm beginnt bereits um 10 Uhr Vormittag und endet um ca. 23.30 Uhr. Außer slowenischen Künstlern treten auch bekannte österreichische Künstler wie André Heller und Helmut Qualtinger auf, gibt es Ausstellungen von Malern und Fotografen, die den Kampf der Minderheiten unterstützen, Bücher- und Informationsstände und natürlich auch zu essen und zu trinken.

Rentnern droht Realeinkommensverlust

Für 1981 droht Österreichs Pensionisten ein schmerzlich spürbarer Realeinkommensverlust, und den wird niemand weglügen können. Die sogenannte "Richtzahl", die der jährlichen Pensionsanpassung zugrundeliegt, ist für 1981 mit 1,051 berechnet worden, das bedeutet eine Pensionserhöhung um 5,1 Prozent. Die Teuerung laut Pensionistenindex betrug im heurigen Juni bereits 7 Prozent!

Die Pensionsdynamik bindet zwar die jährliche Anpassung der Pensionen an die Lohnerhöhungen, die die Arbeiter und Angestellten durchsetzen, doch in einer Weise, daß die Pensionen immer hinter den Löhnen zurückbleiben. Erhöhten sich die Metallarbeiterlöhne von 1966 bis 1977 auf das 2,95-fache, so die Pensionen nur auf das 2,36-fache. Von 1968 bis 1977 erhöhten sich die Bruttobezüge aller Lohnabhängigen auf das 2,46-fache, die Pensionen im selben Zeitraum um das 2,05-fache.

Die Richtzahl wird nicht aus der Lohnsteigerung des letzten Jahres, sondern aus der des vorletzten Jahres errechnet. Für die Pensionsanpassung am 1.1.1981 wird also die Erhöhung der Löhne und Gehälter vom 2.Halbjahr 1978 bis zum 2.Halbjahr 1979 zugrundegelegt. Aber auch nicht aller Löhne, sonder nur bis zur Höchstbeitragsgrundlage, sodaß Gehaltserhöhugen in den höheren Regionen für die Pensionsanpassung wegfallen.

1978 und 1979 haben nun die Kapitalisten kräftig den Reallohnabbau betrieben, und die Arbeiterklasse war unter der Führung der reformistischen ÖGB-Spitze nicht imstande, dem Einhalt zu gebieten. Nun präsentiert man freundlich den Pesionisten diese Rechnung und verspricht ihnen, daß sie später, wenn die Inflation wieder niedriger sein wird, von den heurigen Lohnsteigerungen profitieren werden. Was sich allerding bislang an Lohnerhöhungen abzeichnet gibt den Pensionisten nicht viel Hoffnung.

REALEINKOMMEN DER PENSIONISTEN MUSS GESICHERT WERDEN!

Die Verknüpfung der Pensionen mit den Löhnen und Gehältern wäre ja im Prinzip keine schlechte Sache. Es ist nur gut, wenn aktive Arbeiter und Pensionisten dieselben Interessen haben. Doch die gegenwärtige Pensionsdynamik wird vom Staat, der sich die Macht über die Sozialversicherung anmaßt, gegen die Interessen sowohl von Arbeitern als auch Pensionisten eingesetzt. Eine Pensionsversicherungsanstalt, die wirklich im Interesse der Arbeiterklasse geleitet würde, hätte keinen Grund, einfach abzuwarten, was die aktiven Arbeiter in irgendeinem Jahr erreichen, sondern würden ihrerseits die Erhöhung so ansetzen, daß der Teuerung wirksam begegnet wird. In der gegenwärtigen lage müßten das mindestens 9% sein, und auf jeden Fall die Erhöhung der Richtsätze um 900,- Schilling. Der Richtsatz (die "Mindestrente") würde nämlich bei Anwendung der Richtzahl von derzeit S 3.493,-, für Alleinstehende auf S 3.678,- steigen, und von S 4.996,- für Ehepaare auf S 5.261,-. Das sind keine Summen, bei denen man noch vernünftig leben kann.

Die Forderung für das Jahr 1981 würde rund 9,6 Milliarden Schilling kosten Eine gigantische Summe, gewiß, doch sie betrifft 1.158 Millionen Pensionisten, denen sie durchschnittlich S 600,- im Monat bringen würde. Zu finanzieren wäre sie dadurch, daß die Unternehmerbeiträge um 2 Prozent vom Bruttolohn erhöht werden. Eine Erhöhung des Bundesbeitrags der Pensionsversicherung wäre in diesem Fall nicht nötig.

DROHT DER ZUSAMMENBRUCH?

Weder der Sozialminister noch die von den verschiedenen Kammern in die "Selbstverwaltung" der Sozialversicherung entsandten Vertreter denken an eine solche Lösung. Sie wollen es mit der Erhöhung um 5,1% bewenden lassen und dem Realeinkommensabbau seinen Lauf lassen. Sie wollen weder die Kapitalistenbeitragssätze erhöhen noch den Bundesbeitrag. Dann müssen sie allerdings sowieso schon zum Angriff auf die Arbeitnehmerbeiträge rüsten, auch wenn die Pensionen nicht im nötigen Ausmaß erhöht werden, allein deswegen, weil die Zahl der Pensionisten steigt. Um diesen Angriff vorzubereiten streichen sie wieder einmal das Defizit der Pensionsversicherung groß heraus und malen den Teufel des Zusammenbruchs an die Wand. Die Fakten die sie dabei anführen sind:

Der Aufwand für Pensionen wird bis 1983 von derzeit 80,5 Mrd. Schilling auf 104 Mrd. Schilling steigen, die Beitragseinnahmen hingegen nur von 64 Mrd. auf 79 Mrd. (Das gilt für die gesamte Pensionsversicherung inklusive Selbständigen- und Bauernversicherung, bei gleichbleibenden Beitragssätzen und Pensionssteigerungen nach der Richtzahl). Das Defizit soll bis 1983 37 Mrd.Schilling oder rund 30% der Gesamtausgaben betragen.

BEITRAGSERHÖHUNG FÜR KAPITALISTEN !

Ein Defizit von 30% ist allerdings überhaupt nichts Neues.



Gar keine Seltenheit: Wenn die Marktstände schließen, wird nach genießbaren Überresten gesucht

Die Pensionsbeitragssätze waren nach dem 2. Weltkrieg (vorher gab es kein Pensionsversicherung für Arbeiter) von Anfang an so niedrig angesetzt, daß der Staat rund 30% aus Steuergeldern zuschießen mußte. Das hatte für die Kapitalisten zwei Vorteile: Vom Beitragssatz mußten sie die Hälfte zahlen, die Steuern aber werden zum überwiegenden Teil von den Volksmassen gezahlt. Und der Staat sicherte sich von Anfang an entscheidenden Einfluß auf die Pensionsversicherungsanstalten.

Der Beitragssatz betrug allerdings 1956 noch 12% vom Bruttolohn (je zur Hälfte für "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer"), 1977 bereits 17,5%, und heute beträgt er 20,5% (je 8,75% für Kapitalisten und Lohnabhängige, dazu noch ein "Zusatzbeitrag" von 2% für Kapitalisten und 1% für Lohnabhängige). Die Maßnahmen der letzten Jahre auf diesem Gebiet - Umschichtung von Geldern der Angestelltenversicherung zur Arbeiterversicherung, Beitragserhöhungen Anfang 78 und 80 - dienten nicht der Sanierung der Pensionsversicherung, sondern der Sanierung des Staatshaushaltes. "Das war keine sozialpolitische, sondern eine staatspolitische Maßnahme", sagte der Sozialminister. Androsch hat dadurch allein heuer fünf Milliarden eingespart. Die wachsenden Anforderungen an die Pensionsversicherung durch die steigende Zahl der Pensionisten gefährdet natürlich diesen "Erfolg". Also plant man neue Anschläge, spricht von "wachsender Bedeutung der Eigenvorsorge", davon, daß manche Leute durch das Zusammenfallen von zwei Pensionen mehr verdienen, als wenn sie arbeiten würden, greift direkt die Witwenpensionen an usw. Stumvoll, der Sozialexperte der Industriellenvereinigung schlägt z.B. auch vor, nicht die letzten fünf Jahre (vor der Pensionierung oder vor dem 45. Lebensjahr, je nachdem, wann man mehr verdient hat), sondern den gesamten Lebensverdienst zur Bemessung der Pension heranzuziehen, um die Kosten zu senken.

Gegenüber all diesen Angriffen muß die Arbeiterklasse fordern, daß zunächst einmal alle Mehrausgaben den Kapitalisten angelastet werden, um schließlich die Bezahlung der gesamten Sozialversicherungsbeiträge durch die Kapitalisten zu erreichen. Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn der Staat seinen Beitrag kürzt, im Gegenteil, wir sind dafür, weil dies erleichtert, die staatliche Oberherrschaft über die Sozialversicherung zu brechen. (ma)

Salzburg:
Soldaten fordern 40-Stundenwoche

Den Kampf um eine neue Dienstzeitregelung haben die Soldaten des 2.Fliegerabwehrbataillons in der Schwarzenbergkaserne bei Salzburg aufgenommen. In der 2.Batterie haben die im Juli neueingerückten Soldaten erreicht, daß ab sofort regelmäßig einmal in der Woche während der Dienstzeit Treffen der Soldatenvertreter mit den Soldaten ohne Aufsicht durch Chargen stattfinden können. Bei diesen Treffen stand als erstes die Frage der Dienstzeit im Mittelpunkt der Diskussionen,



Soldaten: Bis zu 60 Stunden im Dienst

die dann in der folgenden Resolution mündeten. Nachdem trotz Hindernissen die Resolution in den anderen Batterien verbreitet worden war, was mehrere Wochen dauerte, wurde sie schließlich von den Soldatenvertretern der 1., 2. und 3.Batterie verabschiedet. Eine Reaktion des Verteidigungsministeriums läßt seither auf sich warten.

Die in der ADV (Allgemeinen Dienstvorschriften für das Bundesheer) vorgesehene Zeitordnung sieht folgendermaßen aus:

§ 29 (1): "Die Dauer dienstlicher Inanspruchnahme der Soldaten darf nach Abzug der für die morgendliche Vorbereitung zum Dienst, sowie der für die Einnahme der Mahlzeiten und der Erholung vorgesehenen Zeit von Montag bis Freitag acht Stunden täglich, an Samstagen fünf Stunden nicht überschreiten."

Nach dieser Formulierung ist es zumindest gesetzlich möglich, die Präsenzdiener zu einem Dienst von wöchentlich 45 Stunden zu verpflichten! Abgesehen davon, daß der Präsenzdiener während der gesamten Zeit seines Präsenzdienstes, rund um die Uhr, befehlsgebunden ist.

Findet aber zum Beispiel eine Nachtübung statt, so reicht die im Absatz 1, § 29 vorgesehene Zeit von acht Stunden von Montag bis Freitag nicht aus. Eine Nachtübung gilt aber als ein "triftiger Grund", und wird dementsprechend in der Fortsetzung des § 29 behandelt: "Diese Zeiten dürfen nur aus triftigen Gründen geringfügig überschritten werden." Und weiter im Absatz 2 des § 29: "Erfordert die Eigenart einer militärischen Verwendung regelmäßig eine dienstliche Inanspruchnahme abweichend von den Bestimmungen des Absatz 1, so darf die durchschnittliche Wochendienstzeit innerhalb eines Zeitraumes von höchstens sechs Wochen das Ausmaß von 45 Stunden nicht überschreiten."

Wenn also eine Nachtübung vorgesehen ist, dann müßte dementsprechend der Dienst an einem anderen Tag gekürzt werden, zumindest darf in sechs Wochen die durchschnittliche Dienstzeit 45 Stunden pro Woche nicht überschreiten. Oder doch?

"Diese Zeiten dürfen nur aus triftigen Gründen geringfügig überschritten werden." Was hier ein "triftiger Grund" und "geringfügig" heißt, ist nicht festgehalten. Außerdem geht die Gummiparagraphierung im Absatz 3 des § 29 weiter:

"Die in Absatz 1 und 2 genannten Zeiten einer dienstlichen Inanspruchnahmen können überschritten werden, wenn dies die Erreichung des Ausbildungszieles (z.B. bei Nachtübungen oder Waffenübungen) oder die Aufrechterhaltung des militärischen Dienstbetriebes erfordert; in jedem Fall ist eine Überschreitung jedoch nur zulässig, wenn dies durch weder organisatorische noch durch andere geeignete Maßnahmen vermieden werden kann."

In der Realität bedeutet das also, daß man als Präsenzdiener, rechnet man Nachschulungen und Extradienste (K.v.T. etc.) nicht dazu, auf eine 55-Stundenwoche kommen kann. Für einzelne Präsenzdiener, die ab und zu eine Nachschulung absolvieren müssen, ist eine 60-Stundenwoche keine Ausnahme.

Die Dienstzeit der Soldaten soll die Zeit jedes anderen Lohnabhängigen im Arbeitsprozeß nicht überschreiten. Dementsprechend wie im Arbeitsprozeß muß auch im Dienst des Staates eine gewisse Zeit zur Reproduktion (Zeit, lebenswichtigen, kulturellen und anderen gesellschaftlichen und persönlichen Verpflichtungen nachzukommen) geschaffen werden. Die Dienstzeit der Soldaten übertrifft die Arbeitszeit aller anderen Arbeitenden und läßt kaum Zeit zur Pflege gesellschaftlicher und individueller Bedürfnisse.

Eine Möglichkeit zur Verringerung der Wochenstundenanzahl könnte schon dadurch erreicht werden, daß der Dienst am Samstag ersatzlos gestrichen wird.

Wir forder daher:

- 40-Stunden-Woche für Soldaten!
- Wegfall aller Ausnahmebestimmungen!
- Abänderung der ADV bezüglich der Dienstzeitregelung!
- Angleichung der Dienstzeit für Soldaten an die Arbeitszeitregelung der anderen Lohnabhängigen!

Sozialversicherungsbeiträge sollen Kapitalisten zahlen

Die Sozialversicherungsbeiträge sind ein Bestandteil unseres Lohns bzw. Gehalts.

Der Lohn ist der Preis, den der Kapitalist für die Ware Arbeitskraft dem Arbeiter, der sie ihm verkauft, bezahlen muß. Karl Marx hat uns gelehrt, daß der Wert jeder Ware bestimmt wird durch die Arbeitszeit, die zu ihrer Produktion benötigt wird. Der Wert der Arbeitskraft wird bestimmt durch den Wert der "Lebensmittel" im weitesten Sinn des Wortes, die zu ihrer Wiederherstellung notwendig sind. Zu diesen "Lebensmitteln" gehören auch die Leistungen der Sozialversicherung. Bezahlt der Kapitalist die Arbeitskraft zu ihrem Wert - und das tut er allerdings meistens nur, wenn er von den Arbeitern dazu gezwungen wird - so muß auch der Preis der Sozialversicherung im Lohn enthalten sein.



Derzeit zahlen die Arbeiter 13,95 Prozent ihres Bruttolohns, die Angestellten 13.30 Prozent an Sozialversicherung. Die Unternehmer zahlen weitere 16,55 (Arbeiter) bzw. 13,30 Prozent (Angestellte). Müßten die Arbeiter die gesamten Beiträge bezahlen, müßten sie um eine entsprechende Lohnerhöhung kämpfen. Oder anders ausgedrückt: Sie bekommen einen Teil ihres Lohns in der Form des "Arbeitgeberbeitrages" zur Sozialversicherung. So gesehen könnte es doch egal sein, unter welcher Bezeichnung der Beitrag läuft. Doch bei jeder Beitragserhöhung zeigt sich, daß es nicht egal ist: Wird es zum Beispiel nötig, den Pensionsversicherungsbeitrag - derzeit je 8,75 Prozent für "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" - um 2 Prozent vom Bruttolohn zu erhöhen, so wird nach der jetzigen Regelung 1 Prozent dem Kapitalisten abverlangt, und 1 Prozent dem Arbeiter oder Angestellten.

Ergebnis: der Wert der Arbeitskraft wäre um 2 Prozent gestiegen, der "Gesamtlohn" (Bruttolohn plus "Arbeitgeberbeitrag") aber nur um das eine Prozent, das der Unternehmer zahlen muß. Das andere Prozent geht dem Arbeiter woanders ab, sein Nettolohn sinkt. Die Kosten für die Pensionsversicherung steigen, auch ohne daß die Leistungen besser werden, einfach, weil die Zahl der Pensionisten zunimmt. Das bestehende System erleichtert es den Kapitalisten, die steigenden Kosten zum Teil auf die Arbeiter abzuwälzen, und damit den Lohn unter den Wert der Arbeitskraft zu senken. Auf der anderen Seite erschwert es der Arbeiterklasse, Verbesserungen für die Pensionisten durchzusetzen. Verbesserte Leistungen kosten Geld, und nach dem bestehenden System wären sie gleichbedeutend mit einer Lohnsenkung für den aktiven Teil der Arbeiterklasse. Das gegenwärtige System spaltet also die Arbeiterklasse. Die Arbeiter haben sich die Sozialversicherung aber nicht bloß geschaffen bzw. erkämpft, um den Kapitalismus erträglicher zu machen, sondern um ihn besser bekämpfen zu können. Die Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die direkt gewählten Vertreter der Versicherten und die Zahlung der Beiträge durch die Kapitalisten, beides muß durchgesetzt werden, damit die Sozialversicherung eine Waffe im Klassenkampf sein kann.

Herbstlohnrunde:

Komplizierte Lage durch Zersplitterung der Forderung

Nach der Aufstellung der Lohnforderungen der Industrieangestellten (7,5%, mindestens 850.-) und des öffentlichen Dienstes (9,5%) ist eine ziemlich komplizierte Situation in der heurigen Lohnrunde entstanden.

Die Forderung des öffentlichen Dienstes nach Erhöhung der Bezüge um 9,5% ist relativ zu anderen Teilen der Lohnabhängigen ziemlich hoch – ebenso wie die 850.- Schilling Forderung der Industrieangestellten. Aber das macht die Lage keineswegs gut. Im Gegenteil ist dadurch eine Situation entstanden, in der vor allem die größten Gewerkschaften – Metallarbeiter, Industrieangestellte, Öffentlicher Dienst – total unterschiedliche Forderungen mit demgemäß total unterschiedlichen Ansatzpunkten zur Spaltung und zum Hinunterdrücken durch die Kapitalisten bzw den staatlichen Dienstgeber aufgestellt haben. Von vornherein ist damit ein Zusammenschluß und eine gegenseitige Unterstützung im Lohnkampf die Grundlage ziemlich entzogen, dagegen der Boden für Spaltungsmanöver jeder Art bereitet. Die Metallarbeitergewerkschaft hat die schlechtesten Forderungen aufgestellt, das heißt einen viel zu niedrigen Prozentsatz mit einem ebensolchen Mindestbetrag kombiniert; die Industrieangestellten fordern einen relativ hohen Mindestbetrag, jedoch eine noch schlechtere Prozentforderung als die Metallarbeiter; der Öffentliche Dienst fordert einen hohen Prozentsatz, der an und für sich die Inflation des letzten Jahres (Augustindex: 7,3%) ausgleichen könnte, jedoch überhaupt keinen Mindestbetrag.

Hängt das mit den jeweils besonderen Bedingungen der betroffenen Teile der Lohnabhängigen zusammen? Man hat den Eindruck, daß es so ist, jedoch in einem auf den Kopf gestellten Sinn: Bei den Industrieangestellten wäre eine ergänzende ausreichende Prozentforderung besonders notwendig angesichts der höheren Einkommen der mittleren Angestellten, die die Gewerkschaft auch vertreten muß; ausgerechnet sie aber fehlt. Im öffentlichen Dienst hingegen wäre ein Mindestbetrag besonders notwendig, vor allem angesichts des unglaublich niedrigen Lohnniveaus der schlechter bezahlten Teile, und auch um den öffentlichen Dienst insgesamt auf das Industrieniveau nachzuziehen; und hier fehlt wiederum das. Mit einer Prozentforderung allein würden die schlechtestbezahlten Teile des öffentlichen Dienstes noch weiter zurückbleiben. Die offene Flanke für Spaltungsmanöver wird in beiden Fällen sozusagen auf dem Präsentierteller serviert. Und nicht nur das: Sie wird mit diesen Forderungen direkt betrieben und befestigt.

Das macht die Situation alles andere als günstig. Wie immer die jeweiligen Gewerkschaftsführungen ihre Forderungen begründen mögen, es bleibt, daß die verschiedenen Teile der Lohnabhängigen bereits durch die Forderungen auseinandermanövriert sind und von einer Verbindung und gegenseitigen Verstärkung der Kampfkraft keine Rede sein kann. Der Kern des Problems ist sicherlich die am unteren Ende der Lohnforderungen liegende Metallarbeiterforderung. Die traditionell stärkste Branche, die beim Lohn in der Vergangenheit jedenfalls mehr erreicht hat als andere Branchen, steht plötzlich als Schlußlicht in puncto Forderungen da. Seitens der Kapitalisten ist das günstig: Es gilt zuerst einmal den Metallarbeitern einen Lohnabschluß brutto unter der Inflationsrate (die sie im Jahresdurchschnitt immer noch mit 6 bis 6,5% annehmen!) aufzuzwingen, um darauf gestützt dann auch die anderen Branchen niederzudrücken. Es ist nämlich schwer vorstellbar, daß der öffentliche Dienst besser abschließt als die Metallarbeiter. Weder ist seine Kampfkraft höher, noch sind seine objektiven Bedingungen (Budgetlage) günstiger. Auch in den früheren Lohnrunden lag der öffentliche Dienst im allgemeinen nie über den Metallarbeitern. Noch im Sommer reagierten drei Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Post, ÖBB, Gemeindebedienstete) auf eine Andeutung Sommers (Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) bezüglich Lohnforderung scharf – und ein Element der Reaktion war, daß 8% viel zu viel sei. Und jetzt plötzlich sollen 9,5% nicht zu viel sein? Was immer die Beweggründe der vier Gewerkschaftsführungen sein mögen – Folgen der jetzt entstandenen Lage werden sein: Vertiefung der Spaltung gegenüber den Metallarbeitern, Einsetzen einer massiven Hetzwelle gegen die "Beamten", ideologischer Druck auf die Metallarbeiter. Und so wird wohl das Kalkül der Kapitalistenklasse (einschließlich des staatlichen Dienstgebers) ausschauen: die verschiedenen Teile der Lohnabhängigen auseinanderdividieren schon in den Forderungen, die einen gegen die anderen aufwiegeln (die Metallarbeiter gegen die "Beamten"), damit der wirkliche Feind vernebelt wird; das Hinunterdrücken der Metallarbeiter auf der ganzen Linie als Hauptkettenglied ergreifen und zuerst einmal ins reine bringen; dann auch die andern Teile hinunterdrücken.



Hochofen in Donawitz. Die Hüttenarbeiter setzen diese gewaltige Maschinerie in Bewegung – sie können sie auch Stillegen, um ihre Forderungen zu erkämpfen. Aber durch die reformistische Gewerkschaftspolitik werden sie entwaffnet. Bei der heurigen Lohnrunde droht ein Abschluß unter der Inflationsrate.

Gerade weil schwer vorzustellen ist, daß der öffentliche Dienst über den Metallarbeitern abschließt, kann die Sache leicht darauf hinauslaufen, daß die hohe Forderung von 9,5% nur bedeutet, daß zwar um nichts mehr durchgesetzt, aber um fast zwei Prozent mehr Abstriche gemacht werden müssen. Die demoralisierende Wirkung von so etwas (z.B. Umwandlung einer 9,5%-Forderung in einen 6%-Abschluß) wird sicherlich von der Regierung auch schon in Rechnung gestellt sein.

Und bei den Industrieangestellten kann die Sache sich in ähnlicher Weise leicht dahin entwikkeln, daß größere Abstriche vom Mindestbetrag erzwungen werden und ein Mindestbetrag in der Größenordnung der Metallarbeiterforderung (550,-) übrigbleibt, der bei bestem Willen als nichts anderes mehr bezeichnet werden könnte denn als ein Mittel, um einen viel zu niedrigen Prozentabschluß für die Schlechtestverdienenden zu flankieren und damit abzusichern.

Deshalb ist die Lage alles andere als gut und weder die 9,5% Forderung des öffentlichen Dienstes, noch die 850,- Forderung der Angestellten sind Gründe zum jubeln. Im offentlichen Dienst selbst kommt es jetzt vor allem darauf an, für die Ergänzung der Gehaltsforderung um einen Mindestbetrag von 900,- einzutreten. Für die Bemühungen in dieser Richtung kann die 850,- Forderung der Industrieangestellten ein zusätzliches Argument bieten. Bei diesen selbst geht es darum, daß diese 850,- Forderung nicht bloß gefordert, sonder auch durchgesetzt wird. Bei den Metallarbeitern, dem wichtigsten Teil der Lohnabhängigen, erscheint nach wie vor eine Revision der Lohnforderung nach oben praktisch ausgeschlossen, jedoch demonstrieren die 9,5%- wie auch die 850,- Forderung noch einmal, wie untauglich die Metallarbeiterforderungen zur Verteidigung des Reallohns sind. Sie werden damit zumindest in Frage gestellt. Das ist auf jeden Fall eine günstige Tatsache. (wl)

Metallarbeiter

Kann die Lohnforderung nach oben revidiert werden ?

Seit der Übergabe der Forderung der Metallarbeitergewerkschaft an die Kapitalisten (2.9.) sind 18 Tage vergangen. Am Montag den 22.9. ist die nächste Verhandlungsrunde. Unter den Metallarbeitern selbst hat sich in diesen 18 Tage nach unseren Kenntnissen nicht viel getan. Die Gewerkschaftsführung hat daher bisher freie Hand für ihre Kapitulationspolitik. Allerdings kann es sein, daß durch die jüngsten Forderungen anderer Gewerkschaften (9,5% im öffentlichen Dienst; 850.- Mindestbetrag bei den Industrieangestellten) etwas in Bewegung kommt, denn das solche Forderungen überhaupt aufgestellt werden, demonstriert augenscheinlich, wie richtig und berechtigt eine Lohn forderung von etwa 9%, mindestens 900.- Schilling wie der Kommunistische Bund Österreichs sie seit Monaten begründet und propagiert hat, wäre. Die gewerkschaftliche Kapitulationspolitik wird dadurch in Frage gestellt, aber das ändert noch nichts am wirklichen Gang der Verhandlungen. Dazu wären Kampfmaßnahmen in den Betrieben notwendig, von den Betriebsräten organisiert.

9%, mindestens 900.- Schilling, wären nach wie vor richtig. Die Aussichten die gewerkschaftliche Forderung (7,8% mindestens 550,-) nach oben zu revidieren sind jedoch nach wie vor sehr gering. Unter den Metallarbeitern geht es – in punkto Lohnforderung – jetzt vor allem darum, zu beraten, ob und warum nicht auch bei ihnen eine Prozenterhöhung wie im öffentlichen Dienst und ein Mindestbetrag wie bei den Industrieangestellten gefordert werden sollte – und was dafür getan werden könnte.

Abegesehen davon wäre es wichtig, die Aufnahme der Urlaubsforderung des Metallarbeiter-Gewerkschaftstages (1 Woche Zusatzurlaub für Schwerarbeiter, 2 Wochen für Schwerstarbeiter) in das Forderungspaket zu erzwingen. Gerade an diesem Punkt sind die Bedingungen dafür, daß die Metallarbeiter Kraft und Druck entwikkeln und Einfluß auf die Verhandlungen nehmen, günstig, denn die Gewerkschaftsführung setzt sich offen über die Beschlüsse vom Mai hinweg. Die Debatte um die Lohnforderung und der Kampf um die Urlaubsforderung – darauf müssen sich jetzt die Metallarbeiter konzentrieren.

Das (unten noch einmal abgedruckte) Forderungsprogramm, wie es der KB Öaterreichs vorgeschlagen hat, stellt nach wie vor das dar, was bei dieser KV-Runde notwendig und durchsetzbar wäre. Besonders wichtig ist darunter die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppen 6,7 und 8. Eine Forderung in Richtung "Gleichstellung der Frau" ist – im Gegensatz zu den anfänglichen Meldungen nicht im Forderungsprogramm enthalten. Gleichstellung der Frau – dazu ist in erster Linie die Abschaffung der Lohngruppe 6 Notwendig. Vom 24. bis 26.9. tagt der ÖGB Frauenauschuß. Dieser Ausschuß sollte unbedingt eine Resolution an den Vorstand der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und an das gewerkschaftliche Verhandlungskomitee verabschieden, und diese auffordern, die Forderung nach Abschaffung der Lohngruppe 6 aber auch 7 und 8 in das KV-Forderungsprogramm aufzunehmen. Weiters muß ein Abschluß per 1.September (nach 12 Monaten Laufzeit des alten KV) gefordert werden. (wl)

KV-FORDERUNGSPROGRAMM DER GEWERKSCHAFT

METALL-BERGBAU-ENERGIE

* Erhöhung der KV-Mindestlöhne um 9,8%
* Erhöhhung der Ist-Löhne um 7,8% mindestens 550.- Schilling
* Analoge Erhöhung der im KV angeführten Zulagen
* Erhöhung der Lehrlingsentschädigung; Übernahme der Internatskosten durch die Unternehmer
* Verbesserung der Abfertigungen
* Einrichtung von zwei Arbeitsgruppen zu
  a) Schwerarbeitern (Nacht-, Schicht-, Akkord-und Untertagarbeiter; Arbeiter mit besonderer Belastung)
  b) Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten; Probleme bei Montage-Arbeiten

FORDERUNGSPROGRAMM DES KB ÖSTERREICHS

ZU DEN KV-VERHANDLUNGEN

* Erhöhung der Ist-Löhne um 9%, mindestens 900.- Schilling
* Erhöhung der KV-Mindestlöhne um 18%
* Abschaffung der Lohngruppen 6,7 und 8
* Erhöhung der Lehrlingsentschädigung um 1000.- pro Monat
* Gleicher Abschluß zur selben Zeit für Industrie und Gewerbe
* Gleicher Abschluß zur selben Zeit für Arbeiter und Angestellte
* Eine Woche Zusatzurlaub für Schwerarbeiter
  Zwei Wochen Zusatzurlaub für Schwerstarbeiter
* Erhöhung der Nachtschichtzulage auf 50% vom Lohn
  Erhöhhung der Nachmittagsschichtzulage auf 30% vom Lohn

Öffentlicher Dienst

Gewerkschaft fordert 9,5% 900.- Mindestbetrag nötig

Am Dienstag den 23.9. beginnen die Gehaltsverhandlungen zwischen der Regierung und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (Eisenbahner, Postler, Gemeindebedienstete , Öffentlich Bedienstete). Die Gewerkschaften fordern eine Gehaltserhöhung um 9,5% ab 1.1.81. Ausserdem "Begleitmaßnahmen für die sozial Schwächeren".

Eine Gehaltserhöhung um 9,5% wäre ausreichend um wenigstens die Entwertung der Gehälter durch die Inflation wettzumachen. Aber das wird nur sehr schwer durchzusetzen sein. Das hängt nicht nur vom öffentlichen Dienst ab, sondern auch von den Metallarbeiter KV-Verhandlungen. Bisher ist es im öffentlichen Dienst immer zu Abschlüssen unter den Metallarbeiter KV-Abschlüssen gekommen. (Siehe auch den Artikel zur Lohnrunde auf dieser Seite.)

Unbedingt müssen in das Forderungsprogramm noch andere Forderungen aufgenommen werden:

* Mindestbetrag von 900.- !
* Volle Kollektivvertragsfähigkeit der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes!
* Abschaffung der Dienstklassen I und II, sowie der Verwendungsgruppen E, P5, P4 !
* Nachtschichtzulage 50% vom Lohn, Nachmittagsschichtzulage 30% vom Lohn!

Wertheim Innerbetriebliche kann KV nicht ersetzen

Bis 1979 hat es bei Wertheim immer innerbetriebliche Lohnerhöhungen gegeben. Diese "traditionellen" Erhöhungen spielen natürlich eine große Rolle. Das wirkt sich aber dann schlecht aus, wenn man - wie der Betriebsratsobmann-Stellvertreter z.B. - der Meinung ist, daß die innerbetrieblichen Lohnerhöhungen die KV-Abschlüsse ersetzen können.

Mit innerbetrieblichen Lohnerhöhungen wurde seit 1976 fast ausschließlich größere Arbeitshetze "abgegolten". Das bedeutet, daß die Kosten für die Erhaltung der Arbeitskraft durch größeren Verschleiß gestiegen sind. Die Löhne werden zwar erhöht, aber nicht in entsprechendem Maß. Deshalb muß die Arbeiterklasse nicht nur die Folgen, nämlich das Sinken des Lohns unter den Wert der Arbeitskraft bekämpfen, sondern auch die besonders krassen Ausbeutungsmethoden selbst, also das allgemeine Verbot von Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit erreichen. Das kann nicht durch innerbetriebliche Lohnvereinbarungen geschehen.

Innerbetriebliche Lohnerhöhungen können ebenfalls kollektivvertragliche Erhöhungen nicht ersetzen. Sowerden z.B. bei Wertheim die Frauen um 2 S unter dem niedrigsten männlichen Hilfsarbeiterlohn bezahlt. Das bedeutet die Abspaltung eines kleinen Teils der Belegschaft. Wirklich überwunden kann eine solche Spaltung erst dann werden, wenn die Lohngruppen 6, 7 und 8 abgeschafft sind. Auch das kann nicht durch innerbetriebliche Lohnvereinbarungen geschehen.

Dieses Jahr wurde die Forderung nach Anhebung der niedrigsten Frauenlöhne um 2 S von der Firmenleitung von vornherein abgelehnt. Das hat dann auch den Kampf um eine innerbetriebliche Lohnerhöhung untergraben. Trotz der 200 Unterschriften für eine Erhöhung ist es nicht einmal zu Verhandlungen mit der Firmenleitung gekommen. Seit 1976 konnten bei Wertheim keine innerbetrieblichen Lohnerhöhungen mehr durchgesetzt werden, außer den S 2.000,- Prämie anstatt einer Lohnerhöhung 1976 und den 2.3% im Jänner 1979, die durchschnittlich nur ungefähr S 1.50 per Stunde ausmachten.

Wir haben den Anteil der innerbetrieblichen Lohnerhöhungen an allen Lohnsteigerungen der Metallindustrie insgesamt und des Maschinen- und Stahlbausektors zwischen 1965 und 1979 untersucht.

Der Anteil dieser innerbetrieblichen Erhöhungen ist - mit Schwankungen - gesunken.

Besonders in Krisenzeiten (1966/67 und 1975/76) sinkt der Anteil der innerbetrieblichen Erhöhungen, es ist in Krisenzeiten, aber auch in Zeiten der wirtschaftlichen Labilität (seit 1976) für die Arbeiterklasse überhaupt schwerer, Lohnerhöhungen durchzusetzen - umso mehr für einzelne Belegschaften.

Seit 1977 ist der Anteil der innerbetrieblichen Lohnerhöhungen leicht angestiegen. Der Reallohn ist aber gerade in diesen Jahren ständig gesunken. Innerbetriebliche Lohnerhöhungen können also keineswegs das allgemeine Lohnniveau anheben.

Der Anteil der innerbetrieblichen Lohnerhöhungen hat sich im Durchschnitt in der Maschinen- und Stahlbranche stärker entwikkelt als in der gesamten Metallindustrie. Besser bezahlte Branchen haben größere Kraft, innerbetriebliche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Das zeigt aber nur die Wichtigkeit von KV-Abschlüssen für die gesamte Branche, die auch schwache Teile, wie die Elektroindustrie "hinaufziehen".

Innerbetriebliche Verbesserungen sind notwendig. Aber sie können die KV-Verhandlungen nicht ersetzen,

(Zelle Wertheim)

	Durchschnitt. Monatslohn	Erhöhungen gegenüber Vorjahr	KV-Abschl. %	Erhöhungen d. KV-Abschlüsse	Innerbetriebliche Lohnerhöhungen	Anteil d. innerb. Lohnerh%
MASCHINEN- UND STAHLBAU						
1964	2631.43					
1965	2956.71	325.28	6	157.89	167.4	51.5
1966	3255.o8	298.37	7.5	221.75	76.6	25.7
1967	3325.46	1)				
1968	3536.6	211.14	5	166.27	44.7	21.2
1969	3839.62	3o3.o3	5.5	194.51	1o8.5	35.8
197o	4254.o8	1)				
1971	4895.32	641.24	8	34o.33	3oo.9	46.9
1972	5647.99	752.68	9	44o.58	312.1	41.5
1973	6693.92	1o45.93	12.5	7o6	339.9	32.5
1974	6837.74	1)				
1975	788o.15	1o42.41	12.5	854.72	187.9	18
1976	8587.12	7o6.97	7.5	591.o1	116	16.4
1977	93oo.48	713.36	7.5	644.o3	69.3	9.7
1978	9866 19	565.71	4.7	437.12	128.6	22.7
1979	1o469.96	6o3.77	4.5	443.99	159.7	26.7

Anteil der innerbetrieblichen Lohnerhöhungen an den Ist-Erhöhungen (in %.)

%
80
7o
60
50
40
30
20
10
65 67 69 71 73 75 77 79
——— Maschinen-u. Stahlbau
------- Metallindustrie gesamt

1) In diesen Jahren gab es keine KV-Abschlüsse. Der Anteil der innerbetrieblichen Lohnerhöhung wäre 100%, was die Kurve verfälschen würde. Deshalb wurde es in der Berechnung nicht berücksichtigt.

Post:

Verdoppelung derMassensendungen geplant

Neben massiven Gebührenerhöhungen (siehe dazu unseren Artikel Seiten 4,5) plant die Postverwaltung eine weitere Einnahmensteigerung, deren Durchführung für die Kollegen im Postdienst eine unerträgliche Steigerung der Arbeitsintensität bringen würde. Derzeit ist es möglich, daß diverse private Firmen und Zeitungsvertriebe ihre Sendungen selbst befördern und zustellen.

Die Tätigkeit dieser Firmen hat in den letzten Jahren beträchtlich an Umfang zugenommen und 1979 rund 500 Millionen Massensendungen erreicht; von der Post sind 600 Millionen Massensendungen zugestellt worden. Über die Regierung will sie eine Novelle zum Postgesetz durchsetzen und diese Lücke im Postmonopol beseitigen, d.h. alle Massensendungen an sich zu reissen.

Sie rechnet mit der Unterstützung des Finanzministers, zumal durch diese Maßnahme der Verwaltung rund 350 Millionen Schilling an Mehreinnahmen zufließen würden. Wodurch sie neben den 1,4 Milliarden Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Post- und Fernmeldegebühren einen weiteren Beitrag zur Budgetsanierung des bürgerlichen Staates beitragen würde.

GEWINNSTEIGERUNG DURCH VERSCHÄRFTE AUSBEUTUNG DER KOLLEGEN

Wie schon im KLASSENKAMPF 19/80 berichtet, hat die Postverwaltung in den letzten Jahren steigende Gewinne durch verschärfte Ausbeutung der Kollegen erzielt. Bei fast gleichbleibendem Personalstand sind die Verkehrsleistungen beträchtlich gestiegen. Wesentlicher Bestandteil dieser Steigerung ist die Zunahme der Massensendungen. Ihre Zahl ist zwischen 1972 und 1979 von 300 auf 600 Millionen gestiegen, hat sich alos verdoppelt. Für die Kollegen an den Annahmeschaltern, in den Umleitungen und im Zustelldienst also eine wachsende Mehrleistung. So kommen z.B. im Durchschnitt auf jeden Zusteller im Jahr rund 100.000 Sendungen. Dabei handelt es sich nicht nur um einblättrige (also leichte) Werbesendungen, sondern auch um Sondernummern der Zeitungsverlage und um halbkiloschwere Kataloge der Versandhauskapitalisten. Drei Massensendungen an einem Tag gehören heute schon zum "Alltag" des Zustellers. Im Postamt 5020 Salzburg mußten die Kollegen allein an einem Tag 5 Warenhauskataloge (Universal, Kastner & Öhler, Modenmüller, Quelle, Yves Rocher) und eine Zeitung außertourlich (auto-touring) zustellen. Fünf Depotbeutel für einen Rayon mit 700 Haushalten waren keine Seltenheit.

Nur fallweise wird diese Mehrarbeit vergolten, und zwar bei Mehrleistungen im Rahmen von Wahlen. Für die Tonnen Papier, die zu schleppen sind, gibt es dann eine Pauschale von lächerlichen öS 300,-! Weiters können



Überstunden verrechnet werden, "wenn bei einem Postamt innerhalb eines Jahres tatsächlich mehr anschriftlose Massensendungen pro Woche zur Zustellung gelangen als bei der Systematisierung berücksichtigt wurden" (Dienstanweisung der Generaldirektion vom 9.7.1980). Wobei für einen Zusteller, dessen Rayon 700 Haushalte umfaßt, für eine Massensendung über diese Systemnorm hinaus etwa eine halbe Stunde verrechnet wird (0,037 Minuten pro Sendung). Und diese lächerliche Abgeltung erhält er erst am Jahresende!

DIE GEWINNRECHNUNG DER VERWALTUNG

Natürlich will sie diese Mehrarbeit ohne nennenswerte Erhöhung des Personalstandes einführen. Ihre Rechnung ist: Aufgrund des niedrigen Gehaltsniveaus trachten die Kollegen nach Überstunden; aufgrund des niedrigen Zeitwertes für die Zustellung zusätzlicher Massensendungen würden sich rund 300.000 Überstunden ergeben; das sind rund 25 Millionen Schilling mehr an Lohnausgaben, denen Mehreinnahmen von 350 Millionen gegenüberstehen. Welcher Kapitalist würde da nicht aufjubeln in Anbetracht solcher Gewinnmöglichkeiten.

GEWERKSCHAFTLICHE MASSNAHMEN SIND NOTWENDIG

Nach den Plänen der Verwaltung würden sich die Zustellmengen verdoppeln: statt bisher 100.000 pro Zusteller im Jahresdurchschnitt würden es dann 200.000 sein. Diese Verdoppelung würde ihm aber nur 4 bis 5 Überstunden im Monat bringen, also zwischen 300 und 350,- Schilling.

Gegen solche Blutsaugerei sind mehrere Maßnahmen notwendig. Erstens muß das Gehaltsniveau soweit angehoben werden, daß der Zwang zu Überstunden aus materiellen Gründen unwichtig wird. Dies kann nur über eine Lohnpolitik erreicht werden, die ausschließlich die Interessen der Kollegen zum Maßstab hat. Zweitens würden entsprechende Gehaltserhöhungen den Kampf für das völlige Verbot von Überstunden erleichtern und fördern. Drittens muß unbedingt schon jetzt die Einschränkung der Überstundenarbeit gefordert werden; dazu ist die sofortige Einstellung von mindestens 1.000 Bediensteten notwendig sowie die Einstellung weiterer 500 Bediensteter bei der Durchführung der geplanten Maßnahme. Und nicht zuletzt müssen die äusserst niedrigen Zeitwerte hinaufgesetzt werden.

Die Postgewerkschaft hat in einer Resolution mehr Personal gefordert. Diese Forderung muß unbedingt präzisiert und in die kommenden Gehaltsverhandlungen

Zelle Post

Industrieangestellte

Gewerkschaft fordert 7,5% mindestens 850.-

Nach der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie hat nun auch die Sektion Industrie der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) ihre Gehaltsforderungen bekanntgegeben, die ca. 180.000 Industrieangestellte betreffen:

7,5% auf die Istgehälter, mindestens S 850,-

9,5% auf die Mindestgehälter.

Während die Prozentforderungen um 0,3% unter der Forderung der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie liegt, fällt der Mindestbetrag beträchtlich höher aus als bei den Metallarbeitern (500,-). Der Mindestbetrag von 850,- betrifft alle Angestellten der Industrie, die weniger als 11.335,- brutto verdienen. Von den 98.636 Angestellten der gesamten Metallindustrie - und diese machen immerhin mehr als 50% aller Industrieangestellten aus -sind das immerhin 67,4% oder in absoluten zahlen: 66.480!

Der KB hatte 9% mindestens 900,- Schilling gefordert. Mindestens S 850,- Ist-Lohnerhöhung würde den Gehaltsverlust seit dem letzten Jahr kompensieren und zudem die niedrigsten Angestelltengruppen nachziehen. Das ist umso wichtiger, als es eine ganze Menge Angestellte gibt, die genauso wenig verdienen, wie niedrig bezahlte Arbeiter. S 850,- wäre daher ein geeigneter Mindestbetrag. Aber: Nur, wenn er nicht bloß gefordert, sondern auch in dieser Höhe durchgesetzt werden würde. Es gibt jedoch - und das zeigen die KV-Verhandlungen der letzten Jahre - die große Gefahr, daß die Kapitalisten diese Forderung weit hinunterdrücken können. So haben es die Gewerkschaftsführer Sekanina und Dallinger nach den letztjährigen Lohnrunden als Erfolg gewertet, daß "nicht mehr als 30% Abstriche" von ihren ursprünglichen Forderungen gemacht werden "mußten". es geht also darum, dafür zu sorgen, daß die S 850,- auch voll durchgesetzt werden; daß keine Abstriche davon gemacht werden.

Daß die Prozentforderung aber viel zu niedrig ist, bringt für die gesamte Gehaltsrunde Gefahren mit sich: Die mittleren Angestellten der Industrie werden sich nicht für die Forderung der Gewerkschaft erwärmen können, denn die positive Seite im Forderungsprogramm, der hohe Mindestbetrag, betrifft sie selber ja nicht. Damit sind in der Metallindustrie praktisch ein Drittel aller Angestellten vom kollektivvertraglichen Lohnkampf ausgeschlossen, zumindest werden sie kein großes Interesse daran haben, sich aktiv am Kampf für die Durchsetzung der Prozentforderung und des gesamten Forderungsprogrammes zu beteiligen.

S 850,- MINDESTBETRAG - WARUM NICHT AUCH FÜR DIE ARBEITER?

Unter den Arbeitern wirft die Forderung nach 850,- Schilling Mindestbetrag sofort die Frage auf, wieso für sie ein Mindestbetrag von nur 500,- Schilling ausreichen soll. Erstens wäre auch für die Metallarbeiter ein viel höherer Mindestbetrag notwendig- wie bei den Angestellten. Zweitens würde eine gleiche Forderung für Metallarbeiter und Industrieangestellte für alle Metallbelegschaften die Kraft steigern.

(rw)

Streik der Brauereiarbeiter: 9% rückwirkend ab I. August

Seit 19.September streiken die 7600 Arbeiter der Brauereien. Da am vergangenen Mitwoch bei der sechsten Verhandlung über einen neuen Kollektivvertrag wieder Ergebnis erzielt werden konnte, brach die Gewerkschaft die Verhandlungen ab. Bereits in der Vorwoche hat eine Betriebsrätekonferenz beschlossen (93 Stimmem gegen 1) in den Streik zu treten, falls wieder kein Ergebnis erreicht werden kann.

Worum geht es bei dem Streik? Die Gewerkschaft fordert bei den KV - Verhandlungen: Erhöhung der Ist-Löhne um 9% rückwirkend ab ersten August (damit wäre eine Laufzeit des alten KV von zwölf Monaten erreicht. Festlegung der Laufzeit des neuen KV auf zwölf Monate. Erhöhung der Zulagen.

Die Brauereikapitalisten bieten dem gegenüber 6% Lohnerhöhung ab ersten Oktober. Das heißt 14 Monate nach Abschluß des letzten KV. Die Preissteigerung in diesen 14 Monaten beträgt 8 - 8,3%! Von 6% Lohnerhöhung bleiben netto etwa 4,5% - also Reallohnabbau um 3,5 - 3,8%!

Daß die Brauereiarbeiter dieses unverschämte Angebot zurückweisen und für ihre Forderungen streiken ist nur zu richtig. Es gibt bei dem Streik aber ein schwerwiegendes Problem. Die Gewerkschaftsführung hat in den bisherigen sechs Verhandlungen nur die Frage der Laufzeit zur Sprache gebracht. Über die Lohnforderung wurde noch nicht verhandelt. Das Streikziel kann man aber nicht auf die Laufzeit beschränken. Mit dem Streik muß die Durchsetzung der gesamten Forderung erreicht werden. Beschränkt man das Streikziel auf die Laufzeit kann leicht folgendes passieren: Die Kapitalisten stimmen dieser Forderung zu, um den Streik zu beenden. Bei den Verhandlungen um die Lohnerhöhung - die ja dann nach Abbruch des Streiks erst geführt werden müßten - beharren sie aber auf den 6% oder machen völlig unzureichende Zugeständnisse. Dann einen zweiten Streik durchzuführen um die 9% Forderung und die Erhöhung der Zulagen zu erreichen wäre sehr schwierig. Jetzt führen die Arbeiter geschlossen einen Streikkampf gegen die Brauereikapitalisten - jetzt müssen und können sie auch die ganze Forderung durchsetzen. (dr)

Semperit
Auf dem Rücken der Arbeiter Marktanteile erobern

Das Semperit-Kapital führt zahlreiche Angriffe auf die Arbeiter durch. Der Boden dafür wurde bereits im letzten Jahr bereitet. Derzeit konzentrieren sich diese Angriffe auf die Arbeiter, die den neuen Semperit Reifen M 501 herstellen. Die Reifenproduktion ist der Kern der Semperit. Mit dem neuen Reifen will das Semperitkapital seinen Konkurrenten Marktanteile auf dem Weltmarkt entreissen. Dazu ist es notwendig, daß der Reifen rasch, in großen Mengen und relativ billig geliefert werden kann. Dem Semperitkapital geht es aber natürlich nicht einfach um Marktanteile, sondern darum, höhere Profite realisieren zu können. Wenn der Reifen also möglichst billig auf den Markt kommen soll, um die Konkurrenz zu schlagen geht das für Semperit nur durch Senkung der Produktionskosten – und nicht (zumindest nicht längerfristig) durch Schmälerung der Profite. Es soll also die Ausbeutung verstärkt werden: Niedrige Löhne, hohe Arbeitsintensität und natürlich auch moderne Maschinerie, mittels derer die Arbeitskraft optimal ausgenutzt werden kann – das ist das Rezept fürs Kapital.

Für die Produktion des M 501 hat Semperit neue Maschinen gekauft, mit denen die Produktivität der Arbeit gesteigert werden kann. Wo früher zwei Arbeiter nötig waren, genügt jetzt einer. Allerdings hat sich für den einen auch das Arbeitsfeld erweitert und die Intensität der Arbeit wurde gesteigert.

Steigerung der Arbeitshetze ist - neben dem Druck auf den Lohn - das Kampfmittel der Firmenleitung bei ihren Angriffen gegen die Arbeiter. Nicht vorbeigehen kann sie dabei an gewissen technischen Gegebenheiten der Reifenproduktion, daran müssen auch die Arbeiter denken, wenn sie sich gegen die Steigerung der Antreiberei wehren: der Reifen durchläuft nacheinander verschiedene Abteilungen. Wird nun in einer Abteilung eine Steigerung der Stückzahl durchgesetzt, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß über kurz oder lang in den vorherkommenden und den dahinterliegenden Abteilungen ebenfalls die Antreiberei gesteigert werden muß. Gelingt es der Firmenleitung in einer Abteilung, die Antreiberei zu vergrößern, so bedeutet das einen Angriff auf die ganze Belegschaft - umgekehrt: gelingt es einer Abteilung, sich erfolgreich zu wehren, so erschwert dies die Bedingungen für die Firmenleitung in der gesamten Reifenproduktion.

Rundkerne

In dieser Abteilung wird das "Grundgerüst" des Reifens hergestellt. In der Abteilung stehen ca. 10 Maschinen. Vor ungefähr 6 Wochen hat der Chef dieser Abteilung eine technische Veränderung vorgenommen, die eine der Maschinen schneller laufen läßt. Die Arbeiter an den Maschinen müssen die Rundkerne ständig kontrollieren, sie müssen immer schauen, ob es keine Gebrechen gibt. Dabei müssen sie ständig mit dem Kopf die kreisenden Bewegungen der Maschine mitmachen, weil sie sonst nicht genau auf das Stück achten könnten.

Jetzt, wenn die Maschine schneller läuft, muß der Arbeiter auch diese Kopfbewegung schneller machen und klagt schon über Kopf- und Nackenschmerzen. Neben der größeren Anstrengung und den Schmerzen vergrößert sich beim Schnellerlaufen der Maschine auch die Unfallgefahr: das ganze Stück kann dem Arbeiter ins Gesicht fliegen. Als die Arbeiter dem Meister von den Kopfschmerzen erzählten, meinte er, daß sie sich halt ein Kugellager in den Hals einbauen müssen. Inzwischen wurden übers Wochenende alle Maschinen auf Schnellauf umgebaut.

Wickelei

In dieser Abteilung, in der auf das Grundgerüst die Kautschuk-Kord-Streifen aufgewickelt werden, gibt es seit einigen Wochen Gerüchte über Akkorderhöhungen.

Bombiererei

Seit Montag gibt es in der Bombiererei beim M 501 neue Stückzahlen. Bisher arbeitete man "auf Probe" an den neuen Maschinen. 300 Reifen pro Schicht waren der "provisorische" Akkord, von dem die Kollegen bereits sagten, daß es kaum zu schaffen ist, inbesondere in der Nachtschicht. Die Firmenleitung wollte die Akkordsätze in einem Zug auf 360 erhöhen - dagegen gab es bereits im Juni und Juli heftigen Widerstand. Man arbeitete einfach weiter die alten Stückzahlen und ließ sich nicht antreiben und aufspalten. Jetzt hat die Firmenleitung doch eine Erhöhung der Stückzahlen erreicht. Diese Erhöhung ist nicht so kraß wie geplant. Es sind - je nach Reifentypus - Steigerungen zwischen 12 und 41 Stück. Die Reduzierung der ursprünglich vorgesehenen Stückzahlen ist zweifellos eine Reaktion auf den Widerstand der Belegschaft. Weiterhin hat aber die Firmenleitung vor, den Akkord hinaufzutreiben, nur versucht sie es jetzt halt Zug um Zug. Der Widerstand der Belegschaft gegen die Akkorderhöhungen ist aufgeweicht worden - "irgendwie wird man es schon schaffen" - so war zumindest die Ansicht einiger Bombierer am Anfang der Woche. Andere wiederum sind der Ansicht, daß die Stückzahlerhöhung nicht durchgehen wird, weil einfach nicht mehr pro Schicht zu schaffen ist und der Ausschuß sonst unverhältnismäßig zunehmen wird.

Nach wie vor sind die Argumente gegen die Akkorderhöhungen stichhaltig. Nur sind jetzt die Bedingungen für die Bombierer anders, schwieriger geworden. Vorher mußte man drohende Er - höhungen abwehren, jetzt müßte man eine bereits fixe Vereinbarung wieder zu Fall bringen. Bedeutung hat die Akkorderhöhung aber nicht nur für die Bombierer, die jetzt mehr arbeiten müssen. Sondern auch für die Abteilungen, die im Produktionsablauf vor den Bombierern kommen (Rundkerne, Wickelei) und nach den Bombierern (Vulkhaus - hier werden die Reifen vulkanisiert). Jedenfalls werden hier demnächst Versuche folgen, die Stückzahl zu erhöhen, um "das Gleichgewicht" wiederherzustellen. (Zelle Semperit)

Wertheim
Rationalisierungen gegen Arbeiter

1979 war ein gutes Jahr für die Wertheim-Kapitalisten. Eine 10%-ige Steigerung des Rohüberschusses, verbunden mit einer nur 1,9%-igen Zuwachsrate des variablen Kapitals (der Löhne) sorgten für einen steilen Anstieg der Mehrwertrate. Das ist aber keine gesicherte Entwicklung.

Die Firmenleitung nützt ihre Gewinne von 1979 zur Sicherung und Steigerung des Profits; dazu, ihre Positionen auf den in- und ausländischen Märkten auszubauen; und nicht, wie oft zu hören ist, als Defensivmaßnahme im Kampf gegen den Untergang.

So verhält es sich z.B. mit den sechs Abteilungen, die jetzt gesperrt werden sollen. Diese Abteilungen sind von Standpunkt der Kapitalisten aus unproduktiv, sie werfen zu wenig Profit ab. Statt für diese Abteilungen modernere und bessere Maschinen anzuschaffen, kommt es billiger, sie zuzusperren und die Produkte, die dort erzeugt wurden, bei darauf spezialisierten Großfirmen zu kaufen.

Aber auch für die Produkte, die weiter bei Wertheim erzeugt werden, plant die Firmenleitung große Produktionsumstellungen. Zwar wurden keine neuen produktiveren Maschinen angeschafft, dafür gibt die Firmenleitung aber 10 Prozent des gesamten Investitionsvolumens für den Ankauf des Leitstandes aus. Mit dem Leitstand selber kann aber gar nichts produziert werden, er bedeutet keine Steigerung der Produktivität. Statt diese 10 Prozent in bessere und produktivere Maschinen zu investieren, kaufen die Kapitalisten damit ein ausgeklügeltes Überwachungs- und Antreibersystem, das alle Stehzeiten und Unregelmäßigkeiten vermerkt, sozusagen ein allgegenwärtiger und immer fuktionierender Stopper.

Das gemeinsame all dieser Maßnahmen ist, daß sie auf Kosten der Arbeiter und Angestellten die Profite erhöhen sollen. Bei den Sperrungen ist es sicher so, daß sie nicht verhindert werden können. Es muß daher gewährleistet sein, daß die betroffenen Arbeiter keinen Schaden davon haben. Dazu wäre eine Betriebsvereinbarung notwendig, die folgende Forderungen erfüllt:

* Keine unfreiwilligen Kündigungen!
* Umschulungen bei vollem Lohnausgleich auf Kosten der Firma!
* Versetzungen ohne Lohnverlust und ohne Einbußen an Qualifikationshöhe!
* Drei Monatslöhne mindestens Abfertigung , unabhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit!
* Zusätzlicher Fixbetrag für jeden Gekündigten!

Der Betriebsrat hat bis jetzt noch nichts in dieser Richtung unternommen. Er hat in einem Gespräch mit uns lediglich darauf hingewiesen, daß er immer das Wohl der Arbeiter im Auge hätte und, daß es, was den Leitstand betrifft, schon eine Betriebsvereinbarung gäbe. Diese sei - laut Betriebsratsobmann Urban - dazu geeignet, "alle negativen Auswirkungen des Leitstandes von der Belegschaft abzuwenden". In Wirklichkeit heißt das nichts anderes, als daß der Betriebsrat der Installierung des Leitstandes zustimmt. Statt dem Wunsch vieler Arbeiter nach einer Urabstimmung nachzukommen, trifft er Betriebsvereinbarungen, die er nicht einmal bekanntgibt! Einzelne negative Auswirkungen (wie z.B. Neustoppungen) abwehren zu wollen, ist blanker Unsinn, wo der Leitstand doch praktisch nur aus schlechten Auswirkungen besteht (z.B. ein Dauerstopper ist).

Aufgabe des Betriebsrates wäre es jetzt, den Kampf der Arbeiter gegen die Auswirkungen der Rationalisierungen zu organisieren, und nicht, ihn zu zersplittern oder abzuschwächen (wie es durch solche Vereinbarungen über den Leitstand passiert). Das heißt erstens eine Betriebsvereinbarung zustandezubringen, die die Arbeiter vor den Auswirkungen der Rationalisierungen schützt, andererseits den Kampf gegen die Installierung des Leitstandes, auch gegen jede Teilinstallierung!

(Zelle Wertheim)

Philips Fernsehwerk
Wie geht es weiter mit der Schicht?

Seit wenigen Tagen ist den Arbeiterinnen bekannt, daß Teile der Schicht eingestellt werden und die Arbeiterinnen wieder in Normalarbeitszeit arbeiten müssen.

Seit Tagen gibt es Gerüchte, daß die Schicht insgesamt einge - stellt wird, daß teilweise gekündigt werden soll, wenn's nicht gar so ist, daß überhaupt viel zu viele Arbeiterinnen beschäftigt sind.

Die Arbeiterinnen, vor allem jene, die in Schicht arbeiten, bzw. gearbeitet haben, sind verunsichert und wissen nicht, was eigentlich los ist, sind unsicher, wie's eigentlich weitergehen soll.

In dieser Situation ist es notwendig, daß die Firmenleitung die Belegschaft informiert. Wir sind der Meinung, daß die Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeitskraft bei Philips verkaufen, ein Recht darauf haben, informiert zu werden, daß sie Anspruch darauf haben, zu wissen, ob

- die teilweise (oder vollständige) Schichteinstellung auf arbeitsorganisatorische Schwierigkeiten zurückzuführen ist;
- ob die schlechte Qualität der Videorecorder 2020 und die dementsprechend hohen Ausfälle die Lage so zugespitzt haben, daß die Philips-Kapitalisten die Sache durch Kündigungen (d.h. auf dem Rücken der Arbeiter) in Ordnung bringen wollen?
- ob die Einstellung der Schicht vorübergehend ist, oder ob sie nach Behebung der Probleme wieder eingeführt werden soll?
- ob es zu größeren Kündigungen kommen soll, oder ob es sich um vorübergehende Schwierigkeiten handelt?

GEGEN EINE KÜNDIGUNGSWELLE SPRICHT

- daß das neue Werk weitergebaut wird und es keine Anzeichen gibt, daß der Bau eingestellt wird.
- daß die Auftragslage gut ist und die Philips-Kapitalisten "nur" in Verzug geraten sind, d.h. hier technische Probleme eine Rolle spielen, die erst behoben werden müssen.
- daß weiterhin Frauen aufgenommen werden, die zwar teilweise die Abgänge ersetzen (sei es, daß die Frauen von selbst kündigen oder gekündigt werden), aber zur Zeit noch nichts dafür spricht, daß die Neuaufnahmen vollkommen eingestellt werden.
- daß, trotzdem das Werk zur Zeit noch keinen Profit trägt, die Philips-Kapitalisten damit rechnen daß, wenn die technischen Schwierigkeiten behoben sind, der Gewinn doppelt und dreifach den derzeitigen Verlust wettmachen wird.

Trotz der verschiedenen Punkte, die gegen eine Kündigungswelle sprechen, ist es notwendig, daß die Firmenleitung Stellung bezieht und die Belegschaft informiert. Sollte es aber so sein, daß es tatsächlich zu größeren Kündigungen kommen sollte, sind wir der Meinung, daß der Betriebsrat dazu keine Zustimmung geben darf!

DER LOHNVERLUST MUSS WETTGEMACHT WERDEN! DER BETRIEBSRAT MUSS STELLUNG BEZIEHEN!

Viele Frauen, die jetzt in Schicht arbeiten, werden bei ihrer Versetzung in die Normalarbeitszeit einen Lohnverlust (d.h. der Schichtzulage) hinnehmen müssen. Dieser Verlust wird dadurch nicht wettgemacht, daß die Kolleginnen nicht mehr nur 7,75 Stunden bezahlt werden, sondern 8 Stunden. Hier wird vor allem wieder einmal deutlich, daß der Lohn viel zu niedrig ist, daß die Anhebung der Löhne im Betrieb eine entscheidende Aufgabe bei der nächsten Innerbetrieblichen sein wird.

Wir fordern den Betriebsrat auf vor den Frauen Stellung zu beziehen, wie der krasse Lohnverlust wettgemacht werden soll und in welche Richtung er mit der Firmenleitung verhandeln wird. Daß er sich die Vorschläge der Frauen (nicht nur jener, die in Schicht arbeiten oder gearbeitet haben) anhört, mit ihnen diskutiert und dementsprechend die nächsten Verhandlungen führt.

Wir schlagen den Arbeiterinnen vor, zu Beginn der kommenden Woche die Betriebsräte an ihren Bändern und Betriebsratsobmann Pazdera in dieser Richtung anzusprechen, und sie mit diesen Fragen zu konfrontieren. Die kommende Woche muß die Belegschaft also über folgende Fragen informiert werden:

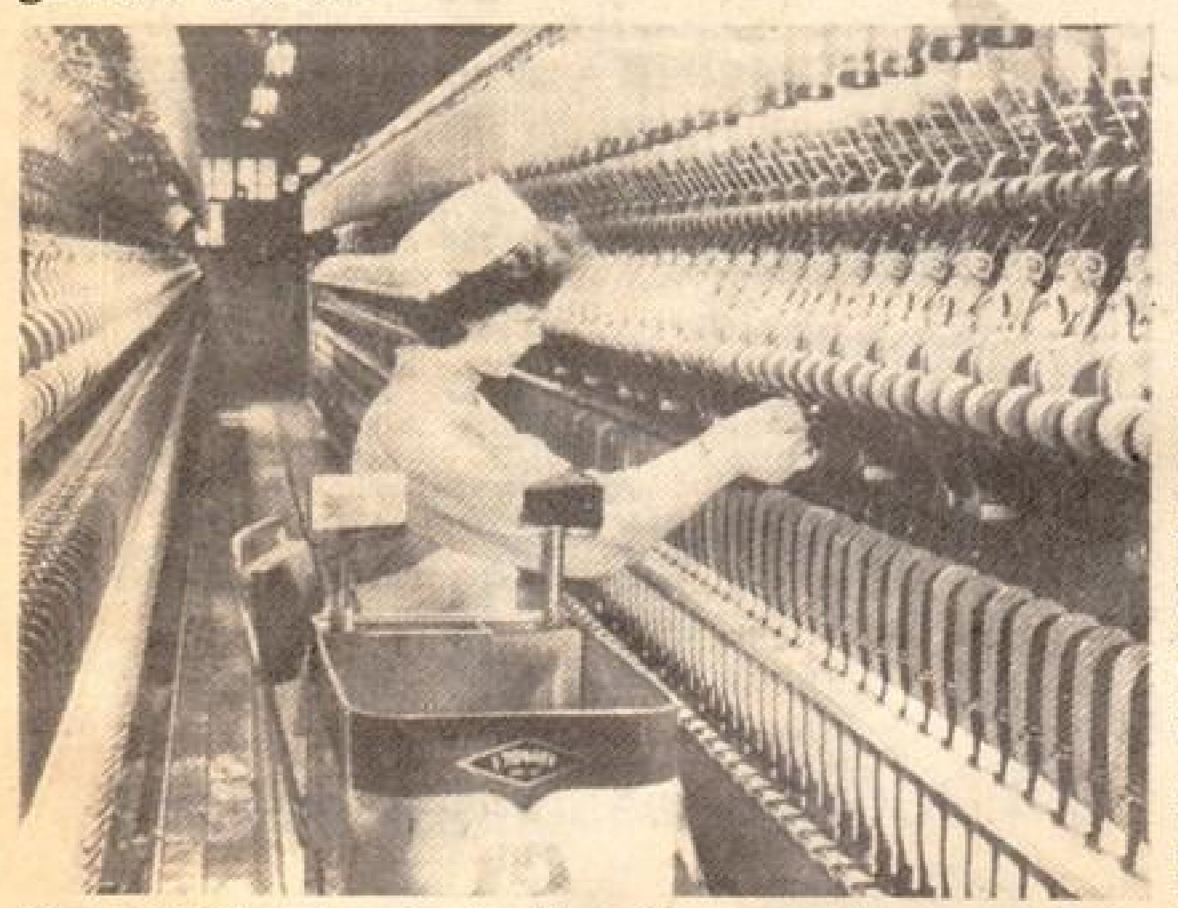
- wird die Schicht nur teilweise eingestellt, oder wird sie überhaupt aufgelöst?
- was sind die Ursachen dafür?
- kommt es zu einer Kündigungswelle oder geht die Firmenleitung davon aus, daß der derzeitige Beschäftigungsstand gehalten werden kann?
- wie stellt sich der Betriebsrat vor, wie der Lohnverlust wettgemacht werden soll, welche Schritte gedenkt er zu unternehmen, bzw. wie wird er bei der kommenden Innbetrieblichen die Verhandlungen mit der Firmenleitung führen?
- wie stellt er sich zu den Kündigungen zur Zeit, lehnt er sie ab oder gibt er seine Zustimmung?
- Unterstützt er die Belegschaft in ihrem Anspruch informiert zu werden?



Das neue Philips Werk in Wien - noch nicht fertig und schon gibt es Unsicherheit, wie es weitergehen wird.

Wie China ausländisches Kapital nutzt

Seit letztem Jahr nimmt die Volksrepublik China auch ausländisches Kapital in Anspruch, um Anlagen und Technologie in größerem Maßstab zu importieren. Liu Lixin, Vizepräsident des Hauptbüros der Volksbank für den Aufbau Chinas, nimmt im folgenden Artikel, den wir der "Beijing Rundschau" entnehmen, zu den Prinzipien und Problemen des Kapitalimports durch China Stellung. In den vergeangenen Jahren sind importierte Ausrüstungen oft nicht zweckentsprechend eingesetzt worden, was Lixin auf mangelnde Erfahrung zurückführt. Es geht darum, solche Anlagen und solche Technologie zu importieren, die sich am besten in den Aufbau der Volkswirtschaft im Lande selbst und die Regulierung der Volkswirtschaft einfügen. So kann ausländisches Kapital in den Dienst des sozialistischen Aufbaus gestellt werden.



Die importierte Anlage in der Baumwollspinnerei Nr. 1 von Tianjin hat sehr zur Qualitätserhöhung in der Produktion beigetragen. Leicht- und Textilindustrie sowie der Energiesektor sind die Schwerpunkte, an denen ausländisches Kapital eingesetzt wird.

Unter den von China in den letzten Jahren importierten kompletten Ausrüstungssätzen werden einige für die gegenwärtige Regulierung der Volkswirtschaft dringend benötigt, und China verfügt auch über die entsprechende Kapazität, die für die Konstruktion der Projekte notwendigen ergänzenden Anlagen bereitzustellen. Wenn diese Projekte fertiggestellt sein werden, werden sie nicht nur dazu verhelfen, die Unausgewogenheit zwischen verschiedenen wirtschaftlichen Sektoren zu beenden, sondern auch das technische Niveau in einigen Industrieabteilungen heben und Chinas Fähigkeit beim Vertrauen auf die eigene Kraft verstärken. Andere dringend benötigte Projekte jedoch, wenn sie fertiggestellt und in Betrieb gesetzt sein werden, werden eher viele neue Widersprüche hervorrufen, anstatt die Unausgewogenheit zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren zu überwinden. Die Ursache ist die bisherige Unfähigkeit, im Land gleichzeitig ergänzende Anlagen zu produzieren. Von nun an sollte die Nutzung ausländischen Kapitals zur Einfuhr von Technologie und Ausrüstung klar abzielen, der Regulierung der Volkswirtschaft zu dienen.

VERNÜNFTIGES IMPORTAUSMASS

Zu tun, was möglich ist, ist ein wichtiger Leitgedanke für die wirtschaftliche Arbeit, der auch für die Nutzung ausländischen Kapitals für Produktion und Aufbau gilt. Bei der Nutzung ausländischen Kapitals müssen wir von der Realität ausgehen: wenn wir ungeachtet der objektiven Möglichkeiten blindlings Anlagen importieren, werden wir unseren Wünschen zuwiderlaufende Resultate erzielen. Übereile führt nicht zum Erfolg.

In welchem Maße sollten wir ausländische Technologie und Ausrüstung importieren? Die langjährigen Erfahrungen beweisen, daß der Import mit unserer Fähigkeit übereinstimmen sollte, ausländische Schulden bezahlen und ergänzende Anlagen liefern zu können.

Mit der Fähigkeit zur Rückzahlung der Auslandsschulden meinen wir die Fähigkeit, Kapital und Zinsen zurückzuzahlen. Die Devisenquelle entspringt letzten Endes aus dem Warenexport. Von daher können wir mehr ausländisches Kapital nutzen, nur wenn wir mehr zu exportieren haben. Gemäß internationaler Praxis muß ein Land, das Geldmittel borgt, jährlich Kapital und Zinsen bezahlen. Das jährlich bezahlte Volumen an Kapital und Zinsen sollte im allgemeinen 20 Prozent des Gesamtvolumens des Deviseneinkommens desselben Jahres aus dem Export nicht übertreffen und auf keinen Fall über 25 Prozent betragen. Wenn dieser Prozentsatz übertroffen wurde, bedeutet dies, daß es diesem Land an Fähigkeit zur Rückzahlung mangelt. Konkret gesagt, ob es genügend Devisen zur Rückzahlung von Kapital und Zinsen gibt, hängt von folgenden drei Bedingungen ab:

Erstens. Die von dem importierten Projekt hergestellten Produkte sind auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig.

Zweitens. Die Produkte, wenn sie nicht exportiert werden, müssen vom Staat importierte, gleichartige Produkte ersetzen können, so daß der Staat für Rückzahlung von Kapital und Zinsen entsprechende Devisen einsparen kann.

Drittens. Die Profitrate aus diesem Projekt ist höher als die Zinsrate der Anleihe.

Wenn diese drei Bedingungen nicht vorhanden sind, erfüllt das Projekt nicht die Anforderung, die Mittel zur Rückzahlung ausländischer Schulden einzubringen. Von daher muß man alle Anstrengungen unternehmen, um den Export auszubauen, wenn man mehr ausländisches Kapital für Investbau nutzen will. Ansonsten kann die Nutzung ausländischen Kapitals für den Import von Technologie und Anlagen nicht in zunehmender Tendenz gehalten werden.

Die Fähigkeit zur Selbstversorgung mit ergänzenden Anlagen bezieht sich auf die Kapazität zur garantierten Versorgung mit notwendigen Investitionen, Materialien und Ausrüstungen während des Aufbaus sowie mit benötigten Rohstoffen, Brennstoffen, Energie, Verkehrs- und Transportleistungen nach der Inbetriebnahme des Projekts. Gemäß der Einschätzung des Imports großer kompletter Anlagen Anfang der 70er Jahre verlangte jeder für importierte Anlagen ausgegebene US-Dollar durchschnittlich eine Investition von vier Yuan (Renminbi) in ergänzenden Anlagen im Inland. Wenn die Nutzung ausländischen Kapitals die Fähigkeit der Investition für ergänzende Anlagen übertrifft, wird der Fortgang des Aufbaus verlangsamt und ernste Verschwendung verursacht. Wenn der Bau großer Projekte unternommen wurde, ohne daß den ergänzenden Projekten für die Versorgung mit Roh- und Brennstoffen, Energie, Verkehrs- und Transportdienstleistungen genügend Aufmerksamkeit geschenkt wurde, können die fertiggestellten Projekte nicht in Betrieb gesetzt werden, und dies wird dem Staat Schaden bringen.

RICHTIGE NUTZUNG AUSLÄNDISCHEN KAPITALS

Während der Periode der Regulierung der Volkswirtschaft müssen wir die Landwirtschaft und Leichtindustrie und zugleich die Energieindustrie, das Verkehrs- und Transportwesen sowie die Baustoffindustrie tatkräftig entwikkeln. Die Nutzung ausländischen Kapitals muß der Regulierung der Volkswirtschaft dienen. Unter keinen Umständen dürfen neue Unausgewogenheiten verursacht und Disproportionen verschärft werden. Die meisten der großen kompletten Anlagen, die wir 1978 importierten, verbrauchen viel Energie und verschärfen die Knappheit an Brennstoff und Energie. Darauf muß in Zukunft unbedingt geachtet werden.

Welche Arten von Technologie und Anlagen sollen wir einführen? Was für Projekte sollen vorgenommen werden? Hinsichtlich dieser Fragen der Nutzung ausländischen Kapitals müssen wir von den aktuellen Bedingungen Chinas ausgehen und unsere wirtschaftlichen Vorzüge zur Geltung bringen. Während der Periode der Regulierung kann die Investition in die Landwirtschaft nicht zu sehr erhöht werden. Die Leicht- und Textilindustrie verlangt weniger Investition, kürzere Bauzeit und geringere Energie, erzielt jedoch höhere Profite, deshalb sollte sie zu jenen Sektoren zählen, in denen schwerpunktmäßig mehr investiert wird und denen mehr ausländisches Kapital zur Verfügung gestellt wird. Insbesondere jene Betriebe, die für den Export arbeiten, müssen in dieser Hinsicht bevorzugt werden. Die Energieindustrie, das Verkehrs- und Transportwesen und die Baustoffindustrie sind die leitenden Industrien in der Volkswirtschaft, und dennoch sind sie in der gegenwärtigen Volkswirtschaft außerordentlich schwache Kettenglieder. So sollte von nun an möglichst mehr in diese Industrien investiert werden, sowohl mit inländischem als auch mit ausländischem Kapital. Unter den Umständen, da es im Land an Geldmitteln mangelt, sollten die Schlüsselprojekte in der Energieindustrie und im Verkehrs- und Transportwesen, die mehr Investition und eine längere Bauzeit erfordern, so schnell wie möglich durch intensive Nutzung ausländischen Kapitals gebaut werden. In der Energieindustrie sollen wir unsere reichen Kohlevorräte ausnutzen. Wir können sie mit anderen Ländern gemeinsam abbauen und langfristige Exportverträge abschließen. Dies wird die Deckung des inländischen Bedarfs garantieren, die Ausweitung des Exports fördern, mehr Devisen einbringen und unsere Fähigkeit zur Rückzahlung ausländischer Schulden heben. Um die Nutzrate der Kohlewärme-Energie zu erhöhen und Umweltverschmutzung zu verhüten, sollten wir schwerpunktmäßig fortgeschrittene Technologie für die Kohleaufbereitung und für die Ausnutzung der Kohlewärme-Energie importieren, um die Proportion der aufbereiteten Kohle zu erhöhen und in kürzestmöglicher Zeit die Nutzrate der Kohlewärme unseres Landes drastisch zu heben.

Bei der Nutzung ausländischen Kapitals müssen wir ein angemessenes Verhältnis zwischen dem Bau neuer Fabriken und der Umgestaltung alter erhalten. Während der Periode der Regulierung der Volkswirtschaft muß das Prinzip "erst Produktion, dann Investbau, erst Ausnutzung des Potentials, dann Bau neuer Fabriken" durchgeführt werden. In anderen Worten, importierte fortgeschrittene Technologie und Anlagen müssen zuerst zur Ausnutzung des Potentials und zur Neuerung und Umgestaltung der vorhandenen Unternehmen verwendet werden. Wir müssen weniger große komplette Anlagen importieren und weniger neue Investbauten vornehmen, dagegen mehr Schlüsselprojekte einführen und die technische Umgestaltung vorhandener Unternehmen durchführen.

Die Nutzung ausländischen Kapitals für den Bau von Hotels und Restaurants zur Förderung des Tourismus ist eine Notwendigkeit der Entwicklung und dient der Regulierung der Volkswirtschaft und der Beschleunigung der vier Modernisierungen. Aber beim Bau von Hotels und Restaurants speziell für Touristen müssen wir auch von der Realität ausgehen, nämlich weniger aufwendige Einrichtungen als vielmehr einfachere Gästehäuser bauen. Auf diese Weise können wir mit weniger Geld mehr erreichen, mehr Touristen empfangen und mehr Devisen erhalten.

BEACHTUNG WIRTSCHAFTLICHER RESULTATE

Wir müssen verstehen, ausländisches Kapital zu benutzen und mit wenigem Kapital größtmögliche wirtschaftliche Resultate zu erzielen. An diesem Prinzip müssen wir sowohl im Verlauf der Wirtschaftsregulierung als auch in der späteren Zukunft festhalten. Wir müssen jede zu importierende Technik und Anlage sorgfältig studieren und erforschen, ob sie technisch fortgeschritten und wirtschaftlich rentabel sind, und dann sollten Verhandlungen über den Import stattfinden. Werden Verträge abgeschlossen und ist die Anlage eingetroffen, sollte das Projekt rechtzeitig beendet und in Betrieb genommen werden. Nur so können Investitionen gespart und dem Staat Waren und Akkumulationsmittel geliefert werden.

Die Verwendung ausländischen Kapitals und Einfuhr von Technologie und Anlagen aus dem Ausland müssen mit wissenschaftlicher Forschung und Fabrikation verbunden werden. Genosse Zhou Enlai sagte schon vor langer Zeit, Importanlagen seien zuerst zu studieren, dann anzuwenden, zu verbessern, und dann seien neue zu schaffen. Beim Import von Anlagen müssen wir auch Technologie kaufen: Früher haben wir im Verhältnis zum Anlagenimport relativ wenig Technologie eingeführt und uns dadurch selbst geschädigt. In Zukunft werden wir nicht nur die notwendige Technologie und Anlagen einführen, sondern - wichtiger noch - wir werden ein Kontingent wissenschaftlicher Forschungskräfte aufbauen und unsere eigene Herstellungskapazität erhöhen. Wir müssen die importierten Anlagen entsprechend unseren Ressourcen erneuern und verbessern, um das Weltniveau zu erreichen und zu übertreffen. Der Staat sollte mit Gesetzen und Vorschriften die Abteilungen der Maschinenbauindustrie für den Import von Technologie und Fabrikationsmethoden unterstützen. Es sollte strikt verboten werden, Anlagen, die in China hergestellt werden können, einzuführen. Schlüsselanlagen können wir importieren, nicht jedoch Ausrüstungen, die in China herstellbar sind. Wir müssen danach streben, zusammen mit den ausländischen Unternehmern wichtige Anlagen herzustellen, um unsere eigenen technischen Fähigkeiten zu erhöhen. Bei der Einführung von Technologie sollten wir auch die entscheidenden Techniken importieren.

Bei der Nutzung ausländischen Kapitals und beim Import von Technologien und Anlagen ist immer zu erwägen, ob diese den Bedingungen Chinas entsprechen. In hoch entwickelten Industrieländern wie den USA, der Bundesrepublik Deutschland und Japan sind die Arbeitskräfte sehr teuer, und in diesen Ländern werden Anstrengungen für eine hohe Automation der Produktion unternommen mit dem Zweck, die Selbstkosten der Produkte zu senken. China ist reich an Arbeitskräften, und wir müssen jährlich einige Millionen Menschen einstellen, können also nicht mechanisch den Wegen anderer folgen. Wir brauchen nicht alle Abteilungen der Volkswirtschaft und auch nicht alle Produktionsprozesse mit der fortgeschrittensten Technologie auszurüsten. Wir müssen die Technologie einführen, die wenig Investitionen verlangt, mehr Arbeitskräfte aufnimmt und dem Staat mehr Akkumulationsmittel liefert. Die Tendenz zu hoher Automatisierung sollte vermieden werden. (Aus: Beijing Rundschau 34/1980)



Es sollen nicht nur anlagen und Technologie importiert werden, es muß auch für die Ausbildung chinesischer Spezialisten gesorgt werden. Im Bild chinesische Techniker mit einem westdeutschen Berater im Wuhaner Eisen- und Stahlkombinat

Industrieproduktion steigt entsprechend der Regulierung der Volkswirtschaft

Wie aus einem jüngst veröffentlichten Bericht des Statistischen Zentralamts in Beijing hervorgeht, haben sich die neuen Weichenstellungen, die eine Neuregulierung der chinesischen Volkswirtschaft zum Ziel haben, bereits im ersten Halbjahr 1980 positiv ausgewirkt.

Die Textilindustrie und die übrige Leichtindustrie entwickelten sich schneller als die Schwerindustrie. (Der Produktionswert stieg um 23,3% gegenüber 6,3% bei der Schwerindustrie.)

Die besondere Förderung der kollektiveigenen Industrie wirkte sich in einem stärkeren Ansteigen des Produktionswerts (um 24,3%) gegenüber dem der staatseigenen Industriebetriebe (11%) aus.

Die gesamte Energieerzeugung mußte in den ersten sieben Monaten dieses Jahres nur um 0,9% erhöht werden, um eine Steigerung der gesamten Industrieproduktion um 13,5% zu ermöglichen. Das geht nicht nur auf die höhere Qualität der Kohle und eine nationale Energiesparbewegung zurück, sondern auch auf die Tatsache, daß die Leichtindustrie und Textilindustrie, deren Anteil an der gesamten Industrieproduktion im ersten Halbjahr 1980 zugenommen hat, weniger Energie brauchen als die Schwerindustrie.

Im Investbau wurde die Zahl der großen und mittelgroßen Projekte, die sich im ersten Halbjahr in Bau befanden, gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 20% verringert, und die Gesamtinvestitionen nahmen entsprechend um 4,4% ab. Von den in Bau befindlichen 73,71 Millionen m^2 Wohnfläche wurden 11,1 Millionen m^2 fertiggestellt, eine Steigerung um 54% bzw. 76% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres und eine Rekordzahl seit der Gründung der Volksrepublik China.

Die Zuwachsrate beim Einzelhandel lag auf dem Land höher als in den Städten. Das Absatzvolumen von Konsumgütern in den Dörfern stieg um 22,7%, in den Städten um 17,2%.

Türkei: Reaktionärer Putsch zur „Rettung der Nation"

Der Putsch des türkischen Militärs vom 12. September ist nicht Ausdruck ausländischer Intervention, sondern vielmehr eine Antwort auf fortgesetzte Intervention. Er ist nicht vom US-Imperialismus angestiftet, sondern v.a. ein Versuch der türkischen Armee, im Interesse der herrschenden Klasse der Türkei, im Interesse von Ausbeutung und Unterdrückung, v.a. im Interesse dessen, daß Ausbeutung und Unterdrückung funktionieren, die nationale Integrität und den nationalen Bestand der Türkei, vor allem gegenüber der fortgesetzten sowjetischen Pression und Infiltration, zu sichern. Die Türkei ist akut von der Sowjetunion bedroht: die Türkei ist in der schlimmsten Wirtschaftskrise ihrer Geschichte. Gegen das zu Jahresbeginn von der Regierung Demirel beschlossene Sanierungsprogramm - brutale Steigerung der Ausbeutung des Volkes war das Kernstück - hatte es ununterbrochen heftige Arbeiter- und Volkskämpfe gegeben. Es konnte nicht in die Tat umgesetzt werden. Diese verheerende Wirtschaftslage ist die Folge der Ausplünderung der Türkei durch den Imperialismus. Um das Volk zu unterdrücken, deckte und förderte die herrschende Klasse faschistischen Terror. Jedoch bilden nicht die inneren Widersprüche das Hauptproblem der Revolution in der Türkei. Der Hauptfeind des Volkes in der Türkei ist die Sowjetunion. Der US-Imperialismus hat in der Türkei völlig abgewirtschaftet und ist nach jahrzehntelangen Kämpfen der Volksmassen isoliert. Die noch verbliebenen 4.500 US-Soldaten, (v.a. Luftwaffe), die sich im Rahmen der NATO in der Türkei befinden, nehmen sich vergleichsweise bedeutungslos aus gegenüber den 200.000, die die Sowjetunion an der Grenze stationiert hat und die sie beständig aufstockt. Die Sowjetunion unterstützt direkt und indirekt "linke" terroristische Gruppen. Der "rechte" und der "linke" Terror verbinden sich miteinander und haben bereits 5.000 Tote in den letzten drei Jahren gefordert. Die Osttürkei ist ein riesiges illegales Waffenlager und die Sowjetunion setzt auf Aufstand der unterdrückten kurdischen Nationalität, auf Spaltung der Türkei, auf einen "Hilferuf", auf den sie sich bereits vorbereitet hat. Vor allem seit der Zypern-Krise 1974, auf die das US-Embargo folgte, hat sich die Sowjetunion immer mehr eingenistet. Sie verfügt über ein breites Arsenal - von wirtschaftlicher Pression bis zum Einsatz von sogenannten "Revolutionären", die den Hauptfeind des türkischen Volkes überall sehen, bloß nicht im Norden. Die wirtschaftliche und politische Zerrüttung der Türkei ist der Boden, auf dem die Sowjetunion operiert und im Trüben fischt.

Als sich die Arbeiter-Streiks gegen die Demirel-Regierung immer mehr verschärften, der erzwungene Rücktritt des Außenministers eine neue Regierungskrise bedeutete, die Terrorwelle bereits mehr als 30 Opfer pro Tag forderte, das Land immer mehr in Chaos versank, weil es noch keine Kraft gibt, die das Volk führen könnte, aber auch keine funktionsfähige Regierung mehr bestand, nachdem mehrere Ultimaten an die bürgerlichen Parteien ergebnislos geblieben waren, putschte die Armeeführung. Als Ziel nach außen erklärte der General Evren die Sicherung der nationalen Integrität und des nationalen Fortbestandes der Türkei, die Bekämpfung aller Tendenzen zur nationalen Desintegration und Spaltung. Der Putsch ist nach außen vor allem eine Antwort der Armee auf die Bedrohung der Türkei durch die Sowjetunion. Bekanntlich hatte kürzlich die Demirel-Regierung gegen sowjetische Truppenmassierungen an der Grenze protestiert. Hinsichtlich der USA sagte Evren, die Türkei stehe zu ihren Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO, jedoch habe man viel aus dem US-Embargo gelernt: eine viel stärkere nationale Waffenproduktion sei für die nationale Unabhängigkeit der Türkei unumgänglich. Die Zusammenarbeit mit der EG soll fortgesetzt werden.

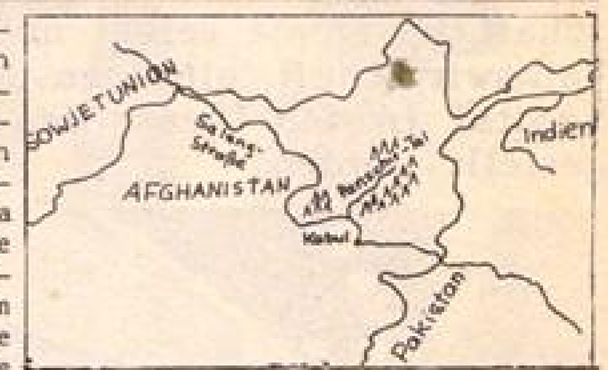
Nach innen ist das Ziel der Militärs der Kampf gegen "Anarchie, Spaltertum, kommunistische, faschistische und fanatisch-religiöse Ideen". Verboten wurden die revisionistisch kontrollierte Gewerkschaft DISK und die faschistische Gewerkschaft MISK, nicht jedoch der größte Gewerkschaftsverband der Türkei Türk Iş. Beseitigt wurde das Streikrecht. Zugleich wurde aber auch der Verband der Metallkapitalisten MESS verboten. Evren: die Rechte der Arbeiter müßten "geschützt" und die der Kapitalisten "respektiert" werden. Die zum Teil schon wochen- und monatelangen Streiks wurden letztes Wochenende zum Teil durch das Streikverbot, zum Teil aber durch eine Verordnung der Militärs bezüglich 70%iger Lohnerhöhungen beendet. Der reaktionäre wirtschaftspolitische Kurs des Demirel-Regimes soll jedoch insgesamt fortgesetzt werden. Alle politischen Parteien wurden suspendiert, politische Betätigung verboten, das Kriegsrecht auf das ganze Land ausgedehnt, drei Zeitungen (darunter die marxistisch-leninistische "Aydinlik") verboten, ansonsten halten sich die Verfolgungsmaßnahmen jedoch bisher in Grenzen. Der Terrorismus von allen Seiten soll bekämpft werden. Jedoch gibt es keine Säuberungen im Staatsapparat, der vielmehr vollständig intakt bleiben soll. Fortsetzung der Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes ist also der Kern der "Rettung der Nation". Sicherlich spielen bei dem Putsch nationale Momente - in der türkischen Armee gibt es eine starke nationale Tradition - eine Rolle, jedoch kann auch die nationale Unabhängigkeit der Türkei nur gestützt auf das Volk und letztlich nur durch das Volk selbst verteidigt werden, nicht durch Unterdrückung des Volkes. Der Versuch der Militärs, die "innere Ordnung" durch Unterdrückung des Klassenkampfes und Fortsetzung einer Politik der Ausbeutung und Unterdrückung bei Beibehaltung der kapitalistischen und feudalistischen Verhältnisse und bei Festigung des reaktionären Staatsapparates herzustellen, ist ein reaktionärer Ausweg und daher zum Scheitern verurteilt.

Die Sowjetunion reagierte mit wilden Angriffen gegen den "faschistischen Putsch". Die USA und die EG-Staaten reagierten sehr zurückhaltend. Ganz im Gegensatz dazu tat sich der österreichische Außenminister - diesmal gleich im Namen Europas - wieder einmal in pro-sowjetischem Sinne hervor, indem er mit der Sperrung der österreichischen Wirtschaftshilfe drohte, falls nicht unverzüglich die "Demokratie" wiederhergestellt würde, und ebenso mit dem Ausschluß der Türkei aus dem Europa-Rat. Es geht darum, den Kampf des Volkes der Türkei zu unterstützen und zugleich alle Machenschaften der österreichischen Regierung, die sich gegen die Souveränität der Türkei richten und Einmischung in deren innere Angelegenheiten bedeuten, zu bekämpfen. (wl)

Afghanistan: Sowjetangriff zurückgeschlagen



500 Panzer, Artillerie und Hubschrauber in großer Zahl setzten die sowjetischen Truppen in Afghanistan in der vergangenen Woche ein, um eine Offensive gegen die Freiheitskämpfer im Panschir-Tal einzuleiten. Diese Tal, etwa 150 km von Kabul gelegen, konnte bis zum heutigen Tag vom Aggressor nicht besetzt werden. Von ihm aus erreichen die Partisanen die Kabuler Ebene, und damit die für die Verbindung mit der Sowjetunion nötige Salang-Straße sowie den Militärflughafen Baghran.



Die Partisanen wichen ohne Widerstand zu leisten in den gebirgigeren Teil des Tales zurück und überfielen dort mit Gewehren und Panzerfäusten die russische Kolonne. Nachdem nun aus Kabul weiter keinerlei Nachrichten über die groß angekündigten "Rebellenvernichtungsaktionen" verlauten, ist dies als indirekte Bestätigung der Partisanenmeldungen zu werten, daß die sowjetische Offensive gestoppt worden ist.

Nur noch sieben Piloten zählt die Zivilluftfahrtlinie des Kabuler Regimes. Die komplette Mannschaft eines weiteren Flugzeugs hat vergangene Woche in der Bundesrepublik Deutschland um politisches Asyl angesucht. Der Pilot wollte nicht mehr sowjetisches Kriegsmaterial gegen sein eigenes Volk "im Zivilluftweg" nach Afghanistan einführen. (gm)

Fiat: 24.000 Entlassungen geplant

Die Krise auf dem Autosektor wird in allen Ländern immer schärfer. Fiat rechnet damit, daß 1981 der Produktionsausstoß gegenüber 1980 um 457.000 Wagen reduziert werden muß. Damit würden nach der Rechnung der Konzernleitung 22.000 Arbeiter und 2.000 Angestellte überflüssig. Deswegen will Fiat ab 1.10 diese 24.000 Beschäftigten (ca. 10% des Fiat-Konzerns) an die Integrationskasse überweisen. Die Integrationskasse ist eine italienische Institution für Arbeitsmarktpolitik. Kommt ein Unternehmen in Schwierigkeiten kann es Kurzarbeit einführen oder auch Zwangsurlaub. Die Integrationskasse - die zum Teil aus Unternehmerbeiträgen zum Teil vom Staat finanziert wird - übernimmt dann die Lohnkosten.

Schon in den letzten Wochen wurden bei Fiat 74.000 Arbeiter an zwei Tagen pro Woche an diese Integrationskasse überwiesen. Die jetzt geplanten Maßnahmen gehen aber viel Weiter. Es handelt sich nicht um Kurzarbeit oder Zwangsurlaub. Die 24.000 Beschäftigten sollen bis Ende 1981 (also 14 Monate) an die Integrationskasse verwiesen werden. Dann will sich die Konzernleitung überlegen, ob die Hälfte davon wieder bei Fiat Arbeit bekommt - falls sich die Autoindustrie bis dahin wieder erholt hat. Tatsächlich handelt es sich also um Massenentlassungen, die nur etwas verschleiert werden sollen.

Massenentlassungen in solchem Ausmaß bei einem der wichtigsten Konzerne des Landes bedeuten natürlich einen schweren Angriff auf die italienische Arbeiterklasse. Solche Massenentlassungen gehen natürlich immer Hand in Hand mit anderen Angriffen auf die Arbeiter - Angriffen auf den Lohn und auf die Arbeitsbedingungen. Tatsächlich hat die italienische Gewerkschaft der Metallarbeiter und Maschinenbauarbeiter gleich darauf hingewiesen, daß 24.000 Entlassungen rein rechnerisch weit höher liegen als aus einer Reduktion der Produktion um 450.000 Wagen hervorgeht. Das Kapital will also den Druck der Entlassungen nutzen, um für die verbleibenden Arbeiter die Arbeitsintensität zu erhöhen.

Wegen des Lohnverlustes, den eine Verweisung an die Integrationskasse bedeutet und vor allem, weil es sich um einen Angriff auf die gesamte italienische Arbeiterklasse handelt, haben die Gewerkschaften auch ihre Zustimmung zu dieser Maßnahme verweigert und Kampfmaßnahmen eingeleitet. Am 11.+12.9 wurden bei Fiat in Turin drei- bzw. vierstündige Warnstreiks durchgeführt. Die Gewerkschaft will das Problem der überzähligen Arbeiter nach Produktionsdrosselung durch innerbetriebliche Umschichtungen und durch eine Arbeitszeitverkürzung lösen. Am 19.9. streikten die Fiat-Arbeiter den ganzen Tag.

Die Regierung versucht den Kampf der Arbeiter zu untergraben, indem sie einerseits auf Fiat einwirkt, die Entlassungen zu reduzieren und auf einen längeren Zeitraum aufzuteilen, damit sie nicht in voller Schärfe gesehen werden. Dafür will sie Fiat auch eine große Subvention aus den Steuergeldern, die den Massen abgepreßt werden, zufließen lassen. Allerdings ist das wegen der schwierigen Budgetlage auch beschränkt - ein Grund, warum das Fiat-Kapital bis jetzt nicht darauf eingegangen ist. Andererseits übt sie auf die Gewerkschaften Druck aus, sie sollen größeren Entlassungen zustimmen - in anderen Regionen gäbe es Arbeitsplätze für diese Arbeiter. Die Gewerkschaften haben das abgelehnt, da sich dadurch ja nichts ändert an der Tatsache, daß es sich um einen Angriff auf die Arbeiterklasse handelt, der - wäre er erfolgreich - sofort weitere Schläge nicht nur vom Fiat-Kapital nach sich ziehen würde.

Der Kampf zwischen Fiat und den italienischen Gewerkschaften wird sich weiter verschärfen. Sollte Fiat nicht von den geplanten Massenentlassungen Abstand nehmen, wollen die Gewerkschaften zum Generalstreik greifen. (dr)

OPEC behandelt Langzeitstrategie

Die OPEC konnte auf ihrer jüngsten Tagung in Wien zwar ihren Plan zur Langzeitstrategie nicht verabschieden, doch gab es an anderen Punkten durchaus Fortschritt. Überhaupt ist das bekannte Gerede, daß "der Zerfall des Kartells nähergerückt" (Volksstimstimme) ist, nach wie vor Unsinn.

\- Im Gegenteil:

Die Langzeitstrategie war das erste Mal Gegenstand eines so hochrangigen Treffens. Vorgelegen war ein Vorschlag, den die 1978 geschaffene Strategiekommission ausgearbeitet hatte. Der Plan besteht im wesentlichen in einem System der Indexierung des Rohölpreises. Der Preis soll gekoppelt werden an die Inflations- und Wirtschaftswachstums-Raten der Industrieländer, sowie an die Währungsschwankungen der Wechselkurse und soll weiters in Beziehung gesetzt werden zu den Erschließungskosten für andere alternative Energiequellen. Auf Grundlage dieser Indizes soll dann vierteljährlich der Preis festgesetzt werden.

Die Elemente der Berechnungen bildeten bisher schon zum Teil Gesichtspunkte für die Preisfestsetzungen und Korrekturen. Die zumindest letzten drei bis vier Jahre über mußte die OPEC sich großenteils darauf konzentrieren, den realen Preis zu verteidigen, der durch den Dollarverfall und die Steigerung der Preise für die von den Industrieländern exportierten Waren gesenkt wurde. Abgesehen vom radikalen Anheben 1974 ist der OPEC-Rohölpreis seither real nicht sehr stark gestiegen. Die Austauschbedingungen (terms of trade) hatten sich bis zur "Iran-Krise" verschlechtert, aber durch die darauffolgenden Preiserhöhungen haben sich die Bedingungen wieder gebessert, und die Einnahmen der OPEC-Länder beginnen wieder zu wachsen, nachdem sie die Jahre zuvor immer abgesunken sind. Das ist gut.

Trotzdem, es ist auch für die OPEC-Länder selber vorteilhafter, wenn die Preisentwicklung nicht so anarchisch, sprunghaft, unberechenbar stattfindet. Dazu haben die OPEC-Länder den Anteil des freien Marktes in den letzten Jahren eingeengt; erst durch die Iran-Krise wurde er wieder auf ca. 20% des Weltölmarktes ausgedehnt. Er lag schon bei 5%. Der Anteil des Direktkaufs von Staat zu Staat hat sich sprunghaft entwickelt und beträgt heute schon rund 50%, der Rest, 30% ist Kontraktöl, also von der Gesellschaft gefördert, im Auftrag eines Förderlandes.

Daß es auf dieser Konferenz jetzt zu keiner Einigung kam, ist keineswegs überraschend und Ausdruck des Zerfalls, wie natürlich gleich wieder behauptet wurde. Die OPEC hat schon vor der Konferenz kein Hehl daraus gemacht, daß drei der Mitglieder die Vorschläge der kommission in der jetzigen Form nicht unterstützen (vgl. OPEC-Release, 22.8.) Die Hindernisse sind nicht unüberwindbar. Wenngleich es überhaupt nicht richtig ist, alles immer an Saudiarabien zu messen und obwohl es eine politisch motivierte Tendenz gibt, gerade Saudiarabien zu Zugeständnissen zu zwingen, ist es natürlich richtig, daß es im Moment eine Schwemme gibt (die Schätzungen liegen bei 2 Mio. Faß pro Tag) und eine Drosselung der OPEC-Förderung die Lage bessern würde. Und tatsächlich hat sich die Konferenz, zumindest inoffiziell auf eine Produktionsdrosselung um 10% geeinigt. Wann und wie dies wirksam wird, ist noch nicht klar. Aber sicher kann das Indexierungssystem auch funktionieren, ohne solche vorherige Drosselung. Andere Kritiken an der Vorlage der Kommission betreffen etwa die Frage, ob die Inflation in den Mitgliedsländern selber ebenfalls miteingerechnet werden soll. All das kann und wird auch sicher gelöst werden können. Von einem immer weiteren Auseinandergehen kann nicht die Rede sein. Das bestätigt auch, daß man mit der 2 Dollar-Erhöhung seitens Saudi Arabiens einen weiteren Schritt in Richtung Wiedervereinheitlichung des Preises gemacht hat. Was die finanzielle Unterstützung anderer Länder der Dritten Welt betrifft, so gab es zwar kein konkretes Ergebnis, aber die Frage ist bloß die, in welcher Form die OPEC ihre Unterstützungsarbeit ausdehnen und erweitern wird. Der OPEC-Fond besitzt im Moment 4 Milliarden Dollar. (hl)

Kim Dae Yung zum Tod verurteilt

Am 17.September verurteilte das Militärgericht des faschistischen Chun-Regimes in Seoul Kim Dae Yung zum Tode.

Seit viereinhalb Jahren war der Oppositionspolitiker, der zum Symbol des Kampfes der Massen gegen die Chun-Diktatur und deren amerikanische Hintermänner geworden ist, in Haft gehalten worden. Es wurde unter Bedingungen gefangengehalten und verhört, die nach seinen eigenen Aussagen "einer Folter gleichkamen". Kim Dae Yung und seinen 175 Mitangeklagten wurde der Vorwurf gemacht, den Volksaufstand von Kwangju in diesem Jaht vorbereitet und angezettelt zu haben. Kim widerlegte vor Gericht die Anschuldigungen, worauf der Staatsanwalt, Oberstleutnant Chung, die Anklage auf "Anstiftung zum Aufruhr" nicht mehr aufrechterhalten konnte und sich auf "Verschwörung zum Aufruhr" beschränkte. Allein die Forderung nach der Todesstrafe für Kim blieb aufrecht. Denn, wie der Staatsanwalt betonte, es "liegt im Sicherheitsinteresse des Landes, wenn Kim eliminiert wird".

Vor einer Woche hat das oberste Berufungsgericht die Todesurteile gegen die Journaisten Yi Chae Mun und den Arbeitslosen Sin Hyang Sik bestätigt, sowie weitere fünf Todesurteile in lebenslange Haftstrafen umgewandelt. 73 weitere Urteile wurden entweder bestätigt oder geringfügig im Strafausmaß herabgesetzt. Die Verurteilten waren angeklagt worden, durch ihre "Mitarbeit in der Befreiungsfront" staatsfeindliche Tätigkeit betrieben zu haben. Diese Urteile der obersten Berufungsbehörde waren der Auftakt zu den nun erfolgten Urteilen im Kim-Prozeß.

Der Urteilsspruch gegen Kim wurde mit bekannten Absurditäten, wie sie schon im Prozeß vom Staatsanwalt und den gekauften Zeugen gebracht wurden, begründet: Unterstützung einer in Japan organisierten koreanischen Exilgruppe gesucht und auch erhalten zu haben, Verstoß gegen verschiedene Bestimmungen und Notstandsverordnungen, Aufruhr. Mit der Verurteilung Kims soll ein Schlag gegen die demokratische Volksbewegung geführt werden, um den Kampf gegen Faschismus, amerikanische Oberherrschaft und für die friedliche Wiedervereinigung mit dem sozialistischen Norden zu ersticken.

Während sich in der ganzen Welt Protest gegen diese Urteile erhebt, hat die österreichische Bundesregierung kaum ein Wort gesagt, die Verurteilung Kims nicht einmal zum Gegenstand einer Protestnote gemacht. Dafür lamentiert die "Presse" über den "kleinen Staat, der von riesigen kommunistischen Territorien umgeben und wohl auch noch immer bedroht ist", und der doch bitteschön sein Image durch einen Gnadenerlaß aufpolieren solle. Statt Unterstützung der Volksmassen und Protest gegen das faschistische Regime - Bedauern über dessen weltweite Isolation.

• Protest der Bundesregierung gegen das Urteil gegen Kim! Aufhebung des Urteils und sofortige Freilassung! (gm)



Kim Dae Jung vor dem Militärgericht

COMMONWEALTH ZU KAMPUCHEA UND AFGHANISTAN

16 Staaten des Commonwealth aus Asien und dem pazifischen Raum einigten sich in New Delhi auf Resolutionen zu Afghanistan und Kampuchea. Zu Afghanistan wurde eine Lösung verlangt, die "sicherstellt, daß das afghanische Volk sein Schicksal frei von fremder Einmischung und Intervention bestimmen kann". Auch Indien stimmt dieser Resolution zu, nachdem eine schärfere Verurteilung der Sowjetunion, wie sie Australien, Neuseeland, Singapur und Malaysia gefordert hatten ("Bedingungsloser Rückzug der Sowjettruppen") von dem indischen Regierungschef verhindert worden war. Bezüglich Kampuchea betonten die Commonwealth-Staaten, sie seien "von der Notwendigkeit des Rückzugs fremder Truppen aus Kampuchea überzeugt".

CHILE: BETRUG MIT REFERENDUM

70% für Pinochets neuen Verfassungsentwurf, der die Fortsetzung der Militärdiktatur bis 1989 vorsieht und jegliche oppositionelle Betätigung verbietet, politische wie gewerkschaftliche, das ist die Jubelmeldung des Regimes. Daß es vor dem Referendum zu zahlreichen Aktionen des Volkswiderstandes gekommen ist, daß es ein Dutzend Sprengstoffanschläge auf Einrichtungen des Staates gegeben hat, daß mitten in Santiago Demonstrationen und Kundgebungen Oppositioneller abgehalten und Flugblätter gestreut wurden, zeigte, daß sieben Jahre nach dem Militärputsch Pinochets und der Armee gegen die Allende-Regierung der Volkswiderstand lebendig ist. Trotz Wahlterror stimmten 28% gegen die neue Verfassung, und wieviele Chilenen den Boykottaufruf von im Untergrund tätigen Oppositionsparteien und Widerstandsgruppen gefolgt sind, kann man schwer sagen. Die Regierung hat gewußt, warum sie keine Zahlen über die Wahlbeteiligung veröffentlichte.

KREDIT CHINAS AN ZIMBABWE

Die Volksrepublik China gewährt Zimbabwe einen zinsenlosen Kredit in der Höhe von 25 Millionen Dollar. Das Geld soll zum Ausbau der wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern dienen.

KAMPUCHEA: RUSSISCHE HAFENBESETZUNG

Seit mehreren Wochen liegt im Hafen Kompong Som ein sowjetisches Hotelschiff mit 160 russischen Hafenarbeitern vor Anker. Die Sowjets haben offiziell die Aufgabe, beim Entladen von internationalen Hilfsgütern für Kampuchea zu helfen. Zu diesem Zweck soll der UNO-Koordinator für diese Dinge, Sir Robert Jackson, die Sowjets gebeten haben, "länger zu bleiben, als sie beabsichtigt hätten". Die "Hafenarbeiter" verlangen die volle Bezahlung ihres Aufenthalts durch internationale Organisationen. Ob der Forderung nachgegeben wurde, darüber wird Stillschweigen bewahrt, was praktisch heißt, daß gezahlt wird. Die Sowjets sind zu dem einzigen Zweck da, die Verteilung der einlangenden Hilfsgüter teils an die vietnamesische Besatzerarmee, teils an Heng-Samrin-Leute zu kontrollieren. Offenbar ist den wirklichen Herren im Land, den sowjetischen Offizieren der vietnamesischen Besatzerarmee, jede andere Verteilung eine zu unsichere Sache, könnte doch ein Teil der Güter auf irgendeine Weise in die Hände des kampucheanischen Volkes kommen. Dafür sind die bis Jahresende noch als Hilfe geplanten 80.000 Tonnen Reis vorgesehen, aber die haben durch die vietnamesisch-sowjetische Besatzung keine Chance, den Hunger des Volkes zu lindern. Das Verhalten des UNO-Koordinators widerspricht in krasser Weise den UNO-Resolutionen und insbesondere der Tatsache, daß sich die Mehrheit der UNO-Staaten für den Weiterverbleib des Demokratischen Kampuchea und seiner legitimen Regierung ausgesprochen hat. Hilfsgüter dürften ausschließlich an sie gesendet werden.

Mehr noch: Wenn Schiffe mit Hilfsgütern nach Kompong Som einlaufen, müssen Lotsen und Hafengebühr extra bezahlt werden. Das Geld ist einzuzahlen in die Vietnamesische Handelsbank in Saigon.... (gm)

China: Dritte Tagung des Volkskongresses

Als am 30.August die 3.Sitzung des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China eröffnet wurde, betonte Ye Jianying, Vorsitzender des Ständigen Komitees, daß es seit der letzten Sitzung "große Fortschritte auf allen Gebieten gegeben hat, die nur dank der konzentrierten Anstrengung des Volkes zustandegekommen sind". Auf der Tagesordnung standen der Tätigkeitsbericht der Regierung, der Finanzbericht über die Jahre 1979 und 1980, sowie der Jahresplan 1981. Weiters wurde eine Reihe von Gesetzen zur Wirtschaftsregulierung, zur Steuerfrage, zum Familienrecht beraten und beschlossen, sowie eine Änderung der Verfassung vorgenommen. Insgesamt wurden 2802 Anträge und Vorschläge eingebracht, davon 1890 von Abgeordneten zum Volkskongreß.

DIE WIRTSCHAFT KOMMT GUT VORAN

Yao Yilin, Vizepremierminister und verantwortlicher für die staatliche Planungskommission, erstattete den Wirtschaftsbericht der Regierung. Die Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche war zufriedenstellend, das Verhältnis zwischen Schwer-, Leichtindustrie und Landwirtschaft entwickelt sich harmonisch, die geplante langsame Verlagerung im Verhältnis von Akkumulation zur Konsumtion zugunsten der Konsumtion war erfolgreich, das Einkommen der städtischen wie der ländlichen Bevölkerung ist gewachsen, ihr Lebensstandard gestiegen.

Wang Bingqian, Chinas Finanzminister, ging anschließend auf die Budgetprobleme des Landes ein. Im Vorjahr wurde verhältnismäßig viel Geld dafür aufgewendet, die durch die Viererbande und ihren Einfluß angerichteten Schäden zügig zu überwinden und die Volkswirtschaft in Ordnung zu bringen. 1979 wurden die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte angehoben, wodurch Mehrausgaben von 1.300 Millionen Yüan entstanden. Zugleich wurden im Vorjahr verschiedene Steuern und Abgaben auf dem Land verringert, wodurch der Staat 300 Millionen Yüan weniger als geplant einnahm. Insgesamt entstand dadurch für die Genossenschaftsbauern ein Einkommenszuwachs von 9,4%. Lohnerhöhungen gab es auch für etwa 40% der Arbeiter in den Städten und Volkskommunen.

Auf diese Weise entstand für 1979 ein Gesamtdefizit von 17 Mrd. Yüan. 110 Mrd. Yüan an Einnahmen standen 127 Mrd. Yüan an Ausgaben gegenüber, bei einem geplanten ausgeglichenen Budget von je 112 Mrd. Yüan. Wie der Finanzminister betonte, hat dieses Defizit allerdings keinerlei Geldentwertung zur Folge. Es wird kein Geld von der Nationalbank emittiert. Als Ausgleich greift der Staat auf eine Reserve von ca.8 Milliarden Yüan aus dem Jahre 1978 zurück und überzieht sein Konto bei der Nationalbank um 9 Milliarden.

DIE WIRTSCHAFTSPLÄNE FÜR 1980 UND 1981

Für das heurige Budget ist eine Senkung des Defizits auf 8 Milliarden Yüan geplant. Insgesamt soll es sowohl eine Verminderung der Einnahmen (auf 106 Mrd.) als auch der Ausgaben (auf 114 Mrd.) geben.

Durch die Verstärkung der Finanzkraft der örtlichen Behörden und der Betriebe, durch größere Eigenverantwortlichkeit in der Planung sowie durch die Ermutigung von Initiativen auf allen Ebenen ist es möglich geworden, bereits heuer die zentralen staatlichen Zirkulations- und Kreditfonds zu kürzen, die direkte staatliche Hilfe für die Volkskommunen zu reduzieren. Auch im Städtebauwesen kann auf diese Weise eingespart werden, obwohl das Bauvolumen heuer einen Rekord erreichte. Geringfügig gekürzt wurde auch das Verteidigungsbudget.

Auf der anderen Seite sind in diesem Jahr Mehrausgaben im Bereich Kultur und Volksbildungswesen, des Gesundheitswesens und der Wissenschaft vorgesehen. Die 500 Millionen Yüan Direkthilfe für wenig entwickelte Regionen des Landes sind überhaupt ein neuer Budgetposten. Was die Wirtschaftsentwicklung insgesamt betrifft, ist die Beibehaltung des bisherigen Kurses der Wirtschaftsregulierung vorgesehen, wobei die Akkumulationsrate langsam gesenkt wird und der Lebensstandard entsprechend stärker steigen kann. 5,5% ist das für 1980 geplante Gesamtwirtschaftswachstum, 6% soll der Einkommenszuwachs des Volkes betragen.

Für das nächste Jahr ist wiederum ein 5,5%iges Wirtschaftswachstum geplant. Die Landwirtschaft soll 4% wachsen, die Industrie im gesamten 6%. Dabei liegt der Schwerpunkt weiterhin bei der Leichtindustrie, die um 8% zunehmen soll.

DIE PRINZIPIEN DER WIRTSCHAFTSREGULIERUNG

Yao Yilin hob anschließend an seinen Bericht die Richtlinien für den weiteren Wirtschaftsaufbau und die Reform hervor. Staatliche Betriebe sollen mehr Eigenverantwortung und mehr Recht auf Entscheidung über die Produktion erhalten. Gemäß den Markterfordernissen sollen Betriebspläne erstellt werden. Im Rahmen des Plans und zum Nutzen der Gesamtwirtschaft soll ein Wettbewerb unter den Betrieben eingeleitet werden. Dabei wird der Kooperation zwischen den Betrieben Vorrang eingeräumt, und sie soll gesetzlich geschützt werden. Die Banken sollen eine größere Rolle bei der Ankurbelung der Volkswirtschaft spielen.

Besondere Bedeutung kommt der Einrichtung von Arbeiterkongressen in allen Betrieben zu. Diese sollen Entscheidungsrechte bezüglich der Produktion und auch das Recht bekommen, Leitungskader zu wählen und die Abberufung unfähiger Vorgesetzter vorzuschlagen. Der freie Wettbewerb auf dem Markt soll für alle Güter außer einem Katalog bestimmter lebensnotwendiger und anderer wichtiger Waren entwickelt werden.

Insgesamt soll die Wirtschaftsregulierung und die sozialistische Ökonomie als ganzes durch ein System von Gesetzen vereinheitlicht werden.

NEUE GESETZE

Ein bereits von der 2. Sitzung des Nationalen Volkskongresses verabschiedetes Gesetz findet seit Jahresmitte Anwendung: Direktwahlen in die Volksvertretung auf verschiedenen örtlichen und regionalen Ebenen werden gemäß dem Wahlgesetz durchgeführt.

Zwei Steuergesetze wurden vom Kongreß nun beraten und beschiedet. Das erste betrifft die joint ventures, die gemeinsamen chinesisch-ausländischen Unternehmen. Sie müssen 30% Steuer sowie eine zusätzliche Lokalsteuer auf ihre Gewinne zahlen, also insgesamt 33%. Für die Erdöl- und Erdgasförderungsfirmen und ähnliche Rohstoff-Förderungsfälle sind Sondergesetze vorgesehen. Für joint ventures mit einer Laufzeit von mehr als zehn Jahren gibt es die Möglichkeit, im ersten gewinnbringenden Jahr von der Steuer ganz, im zweiten Jahr zur Hälfte befreit zu werden.

Das zweite Steuergesetz regelt die Einkommenssteuer. Sie beginnt für Löhne und Gehälter erst bei 800 Yüan und steigt von 5% auf 45% stark progressiv an. Für andere Einkommen wurden 20% als Steuersatz festgelegt.

Ein neues Gesetz regelt die Fragen der chinesischen Staatsbürgerschaft.

Geändert wurde auch der Paragraph 45 der Verfassung, aus dem das "Recht auf Wandzeitungen über große Tiere" gestrichen wurde. Dieses Recht war unter dem Diktat der Viererbande zu haltlosen Beschuldigungskampagnen mißbraucht worden, die oft sogar an anderen Orten gestartet wurden und den Beschuldigten keinerlei Chance ließen, sich zu rechtfertigen, während die Ankläger anonym blieben. Die Abgeordneten nannten zahllose Beispiele solchen Rechtsmißbrauchs. Die neue Fassung des Artikels 45 hält nun fest, daß alle Bürger das Recht auf Freiheit der Rede und Korrespondenz, der Presse, der Versammlung und Vereinigung, der Demonstration und des Streiks haben. Außerdem wurde ein 91-köpfiger Ausschuß zur Überarbeitung der gesamten Verfassung eingerichtet.

Betont wurde das Recht eines jeden, in seiner Einheit namentlich gezeichnete Wandzeitungen aufzuhängen, um Bürokratismus und andere Mißstände anzuprangern.

Abschließend wählte der Volkskongreß neue stellvertretende Vorsitzende für den Ständigen Ausschuß, nachdem Zhao Ziyang, der neue Ministerpräsident, und andere Vizepremiers neue Staatsämter übernahmen und eine Ämteransammlung vermieden werden sollte. Am 10. September wurde der Kongreß mit einem Schlußplenum, der Verabschiedung der Gesetze und der Annahme der eineinhalb Wochen lang beratenen Regierungsberichte beendet. (gm)

Eine ehrenwerte Gesellschaft

Die AZ triumphiert: "Nun ist nach der ÖVP auch die FPÖ ihre angeblich saubere Weste los". Es ist geschafft, endlich. Denn nachdem im AKH-Skandal zunächst nur die SP-Weste Schaden zu nehmen drohte, stehen sie nun alle drei besudelt da. Und sieht man nach, wer sich am meisten eingeschweinigelt hat, stellt sich heraus, daß wie durch ein Wunder die Flecken auf der SP-Weste eigentlich nur noch Schmutzspuren sind, die mit Ariel leicht heraus gehen, während es von der ÖVP nur so trieft. Und nun ist auch noch die FPÖ an die Reihe gekommen. Wie beim Fall Rabelbauer beginnt der Skandal mit der eidesstattlichen Erklärung eines Zeugen vor dem SP-Anwalt Schachter. Der ehemalige Betriebsrat dar Kufsteiner Firma Peter Zimmer AG, er heißt Anton Netsch und ist jetzt Arbeiterkammerfunktionär, hat zu Protokoll gegeben: Der FP-Bürgermeister Dillesberger, habe im Juni 1979 von der Firma Peter Zimmer AG eine Parteispende von 20.000 Schilling erhalten. Diese 20.000 Schilling seien in den Konten der Firma als Repräsentationsspesen verbucht worden. Einen Monat zuvor, im Mai 1979, hat die Gemeinde Kufstein der Firma einen Steuernachlaß von 2.2 Millionen Schilling gewährt. Der Betrieb war damals schon schwer verschuldet, und der Steuernachlaß wurde damit begründet, daß die Firma vor dem Konkurs bewahrt werden soll. Der Zusammenbruch wurde aber nicht verhindert und Ende November wurde der Konkurs über die Zimmer AG eröffnet. Bürgermeister Dillesberger war ab Februar 1979 Aufsichtsratsmitglied der Firma Peter Zimmer AG. Was an der Aussage von Bedeutung ist, ist nur die Parteispende. Interessant ist aber auch noch, wie sie zustandegekommen ist:

Nach seiner Aussage hat der damalige Betriebsrat Netsch im Juni 79 Einsicht in das Kassabuch genommen, die Entnahem von20.000 Schilling entdeckt und sich nach ihrer Bedeutung erkundigt. Die beiden Direktoren der Firma haben ihm bereitwillig darüber Auskunft gegeben, daß es sich um eine Parteispende an die FPÖ handelte. Seit mehr als einem Jahr hat der ehemalige Betriebsrat also von dieser Sache gewußt. Hat er sich die ganze Zeit über nichts gedacht dabei, und ist erst jetzt, weil er in den Zeitungen so viel von Korruption gelesen hat, daraufgekommen, daß hier ja auch nicht alles in Ordnung war?

Der Tiroler SP-Chef, Gesundheitsminister Salcher erklärte laut AZ am Donnerstag, die "Tiroler SPÖ habe mit der Veröffentlichung der aufklärungsbedürftigen Vorgänge rund um die Einforderung einer Parteispende an die FPÖ nach Gewährung einer Firmensubvention durch die Gemeinde Kufstein bewußt bis nach den Osttiroler Landtagswahlen gewartet, um eine Verzerrung des Wahlertgebnisses zu vermeiden". "Jetzt müsse aber Dillesberger die Konsequenzen ziehen" forderte Salcher. "Die Tiroler FPÖ habe die Möglichkeiten ihr ernstes Interesse an Sauberkeit in der Politik dadurch zu zeigen, daß sie Dillesberger aus seinen öffentlichen Funktionen als Bürgermeister und Landtagsabgeordneter zurückziehe. In der SP weiß man also schon seit geraumer Zeit von dem Vorgang. Aber Netsch ist nicht etwa vor einem Jahr schon als Vorkämpfer für Sauberkeit in der Politik aufgestanden und hat die Bestechung aufgedeckt. Vielleicht ist er auch erst nach dem Konkurs zur Parteizentrale gegangen und hat "bitte ich weiß was" gesagt - vorher ist es ja um "seinen " Betrieb gegangen. Wenn er damals hingegangen ist, hat man ihm offenbar gesagt: "Erstens: Leben und leben lassen! Zweitens: Wir halten die Sache natürlich in petto, man kann nie wissen, wann man sowas brauchen kann." Nun kann man es brauchen und genau einen Tag vor dem FPÖ-Parteitag, auf dem AKH-Saubermann Steger als Parteiobmann bestätigt werden soll, holt man die Pistole hervor, setzt sie der FPÖ an die Brust, und sagt: Wir wollen euch ja nicht weh tun und euch ein Wahlergebnis vermasseln oder so, und ihr dürft auch weiterhin die Saubermänner sein, solange wir euch lassen. Aber treibt es nicht zu weit, und vor allem: Den größten Saubermann haben immer noch wir, daran darf nicht gerüttelt werden. Der Kampf gegen die Korruption geht weiter. Aber in welche Richtung, das bestimmen wir! Und nachdem der Industriellenchef verhaftet worden ist und wir am nächsten Tag dieAffäre Rabelbauer haben platzen lassen, ist es wohl klar, wie diese Richtung ausschaut.

Un/ tatsächlich: Wer wollte, nachdem nicht einmal Kreisky den Androsch hat loswerden können noch darauf hoffen, ihn über die Consultatio stolpern zu lassen. Abgesehen davon, daß dies im "bürgerlichen" Lager sowieso niemand ernstlich wollte, weil man sich davon zwar einen parteipolitischen Erfolg für die Oppositon erhoffen, aber keinen besseren Finanzminister für die Interessen des Kapitals vorstellen konnte. Sind hier zwar die inneren Widersprüche in der SPÖ zutagegetreten, so hat sich auch gezeigt, daß hier für Mock nichts zu holen ist, und auch für Steger nur, wenn er sich an die Grenzen hält, die ihm die SPÖ steckt. Nicht der AKH-Untersuchungsausschuß, sondern Kreiskys 10 Punkte schaffen wieder Ordnung in der Politik, Androsch wird die Consultatio an seine Schwiegermutter oder seinen Stiefzwilling verkaufen, die AKH-Posten wird in Zukunft statt Androsch Staribacher oder der ÖIAG-Generaldirektor verkaufen und wenn Benya ihn recht inständig darum bittet, wird Kreisky auch 1983 wieder zum Bundeskanzler kandidieren.

Uns aber stellt sich inzwischen die Frage: Warum ist es eigentlich unehrenhaft, einem Kapitalisten 2 Millionen Schilling aus dem Geld einer Gemeinde zu schenken, wenn man dafür 20.000 Schilling kriegt und ehrenhaft dasselbe umsonst zu tun, oder für einen Posten im Aufsichtsrat. Warum ist es eigentlich unehrenhaft, Parteispenden zu nehmen, die aus dem Diamantenschmuggel stammen und ehrenhaft, Parteispenden zu nehmen, die aus der Ausbeutung der Arbeiter stammen? Warum ist es unehrenhaft, die Interessen eines Kapitalisten den Interessen eines anderen Kapitalisten vorzuziehen und ehrenhaft, die Interessen aller Kapitalisten mit List, Betrug ud Gewalt gegen die Arbeiter und gegen das ganze Volk durchzusetzen? Alle diese ehrenwerten Männer, ob sie uns nun aus Habgier ausbeuten mögen oder aus Idealismus, ob sie uns nun für Geld unterdrücken oder umsonst, ob sie nun das, was sie von uns erbeuten, gerecht unter sich aufteilen oder einander dabei betrügen, alle diese ehrenwerten Männer werden wir eines Tages mit der ihnen zukommenden Ehrerbietung aus ihren Villen, Direktionsetagen und Ministerien hinauskomplimentieren und sie höflich ersuchen, freundlichst an der Drehbank Platz zu nehmen.

Sittlichkeit und Rentabilität

Im Pressedienst der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft war folgende Meldung zu lesen:

Kardinal Dr. Franz König:

"Nur retable Unternehmen sichern die Arbeitsplätze"

"Das Unternehmen rentabel zu führen, ist eine sittliche Pflicht des Unternehmers und des Managements", stellt Kardinal Dr. Franz König in einem Gespräch mit der von der Bundeswirtschaftskammer herausgegebenen Zeitschrift "Der Unternehmer", Heft 5/1980, fest. "Rentabilität erfordert die Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen des Unternehmens, eine solide Geschäftsführung, die Erhaltung der Arbeitsplätze der Mitarbeiter, die Erzielung von verläßlichem Einkommen für alle", betont der Wiener Kardinal, der am 3.August seinen 75. Geburtstag begeht. "Echte Gewinne", so Kardinal Dr. Franz König, "zeigen an, daß im Unternehmen die richtigen wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen werden, daß die richtigen Güter zu angemessenen Kosten erzeugt werden. Damit wird der Unternehmer in die Lage versetzt, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Produktionsbedingungen umweltfreundlich zu gestalten".

Aus der Sicht von Kardinal Dr. Franz König "bedrohen Verluste die Existenzgrundlage aller im Betrieb Beschäftigten. Der sozialste Arbeitsplatz ist dann nicht sozial, wenn es ihn nicht mehr gibt. Deshalb hat die Unternehmensführung auch die moralische Verpflichtung, übertriebene Forderungen, die die Rentabilität eines Betriebes gefährden und damit auch die Erhaltung der Arbeitsplätze bedrohen, abzulehnen".



Ein alter Reaktionär bekommt ein neues Kleid

Herr Kommerzialrat Dr.h.c. Blaschek, Besitzer zweier Ladenketten und mehrerer Lebensmittelfabriken, setzt sich zum Frühstückstisch, und während die Anna den Kaffee einschenkt, blättert er in den frisch angekommenen Zeitungen. "Da schau, der Kardinal König is schon fünfundsiebzig, sieht man ihm gar net an", bemerk er zu seiner Gattin, "ein Interview haben sie mit ihm gemacht, zum Fünfundsiebziger. Also bitte, endlich einmal einer, der für uns Unternehmer eintritt. Heutzutag ist man ja nix mehr als freier Unternehmer, heut muß man Gewerkschaftsboß sein oder in der Verstaatlichten, damit man nicht dauernd angefeindet wird. Aber der Kardinal, bitte, das ist halt noch ein anderes Kaliber. 'Das Unternehmen rentabel zu führen ist eine sittliche Pflicht des Unternehmers und des Managements.' Da hast es, sittliche Pflicht! Das nächste Mal, wenn unser Betriebsratsobmann, der Scheibenreiter, du kennst ihn eh, is sonst ein ehrenhafter Mensch und in komm auch meistens mit ihm aus, aber das nächste Mal, wenn er wieder mit irgendwelchen Forderungen daherkommt und seine ewige Leier herbetet, daß die Firma angeblich so große Gewinne macht, dann wer ich ihm das unter die Nasen halten: Was werfens mir denn immer unsere Gewinne vor, es is meine sittliche Pflicht, das Unternehmen rentabel zu führen. Wenn keine Gewinne da wären, dann täten Sie erst blöd schaun, dann müßten wir nämlich alle um unsere Existenz zittern', das tät ich ihm sagen. Da, der Kardinal König hats ganz richtig erfaßt: 'Echte Gewinne zeigen an, daß im Unternehmen die richtigen wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen werden, daß die richtigen Güter zu angemessenen Kosten erzeugt werden.' Siehts du, da trifft er den Nagel auf den Kopf. Was soll es sonst anzeigen?



Auf einer Kirche in einem Wiener Arbeiterbezirk

Weißt du - die Kipferln sind heut aber gar nicht frisch - ich bin ja nicht gerade religiös. I . mein, ich glaub nicht an einen alten Mann mit einem Bart, der im Himmel sitzt. Aber daß es irgendwo eine höhere Macht gibt, die alles lenkt, schlußendlich, das glaub ich schon. Wie ist das sonst zu erklären: ein Jahr machst du fünf Supermärkte auf, und das Geschäft geht blendend. Das nächste Jahr machst du noch fünf Supermärkte auf, und gehst pleite. Warum? Du hast alles gleich gemacht wie im Vorjahr. Aber vielleicht gibt es schon zuviel Supermärkte, oder die Leute ham zu wenig Geld, oder sie ham einfach keine Lust zum Einkaufen, oder woanders gefallen ihnen die Aktionsangebote besser, oder die Lautsprechermusik, oder du hast die falsche Werbestrategie oder einfach alles zusammen. Genau weiß es niemand und schon gar nicht kann es dir irgendwer vorher sagen. Ob du richtig gehandelt hast, hä hä gehandelt verstehst? Also wenn ich ein Wortspiel mach, könntest du schon lachen - wie gesagt, ob du richtig gehandelt hast, merkst du erst beim Jahresabschluß. Oder wenn ich heut sagen wir fuffzig Bauern unter Vertrg nehm, daß sie mir Erbsen anbaun - ob ich die Konserven nächstes Jahr loswerd, das weiß Gott allein. Jetzt sagen mir zum Beispiel die Leute von der Betriebsberatung, ich soll auf EDV umstellen. Und der Betriebsrat lauft Sturm und schreit das geht nicht, daß ich die ganze Lagerbuchhaltung und die halbe übrige Buchhaltung an die Luft setz und die Arbeit praktisch von den Kassierinnen mitmachen laß. Bitte, was ist sittlich, was ist moralisch? Weiß der Betriebsrat, ob er nicht mit seinen Forderungen die ganze Firma ruiniert, daß dann alle auf der Straße sitzen? Aber wer weiß, vielleich rentiert sich auch die ganze EDV nicht, wenn wir vielleicht noch eine großere Arbeitslosigkeit kriegen, kostet mich die ganze Lagerbuchhaltung vielleicht gar nicht soviel wie der Strom für den Computer. Das liegt alles in der Hand Gottes, und wo zeigt es sich schließlich? In der Bilanz. Wenn ich zu Ostern in die Beichte geh und dem Pfarrer sag: ich bekenne, ich hab fünfzig Menschen um ihren Arbeitsplatz gebracht, gibt er mir wahrscheinlich tausend Vaterunser auf, und eine Spende für die Caritas. Aber wenn ich ihm die Bilanz durchs Gitter steck und sag: bitte, ich hab nur getan, was nötig war, um den Betrieb rentabel zu erhalten, zeig ihm die Ziffern unterm Strich, dann muß er sein "ego te absolvo" murmeln und ich bin wieder unschuldig wie ein Wickelkind.

Der Kardinal hat ganz recht. Nur wenn der Unternehmer Gewinne macht, kann er daran denken, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Produktionsbedingungen umweltfreundlich zu gestalten. Vorher muß er freilich einmal schaun, daß es auch im nächsten Jahr Gewinne gibt. Das hab ich eh dem Scheibenreiter gesagt, daß ich erst den Computer kaufen muß, bevor ich an die Pausenräume denken kann, aber bitte, viellicht nächstes Jahr. Die Leute glauben alle, als Kapitalist - wenn ich mich schon so bezeichnen lassen muß - verpraßt man einfach den ganzen Profit. Die haben ja keine Ahnung. Das allermeiste geht ja doch wieder in die Firma. Der Gewinn ist nur dazu da, daß wieder ein Gewinn gemacht wird. Ich könnt genausogut in einer Gemeindewohnung leben und meine Anzüge beim Tlapa kaufen, und deswegen könnt ich die Firma auch nicht anders leiten. Die Leute glauben, ein Unternehmer handelt nur aus Geldgier. Bitte, erstens kann er gar nicht anders handeln aus wirtschaftlichen Gründen, und zweitens ist er sowieso sittlich dazu verpflichtet.

Da schau, das ist wirklich gut gesagt: 'Der sozialste Arbeitsplatz ist dann nicht sozial, wenn es ihn nicht mehr gibt.' Das muß ich dem Scheibenreiter sagen, wenn er wieder wegen der Sicherheitsleitern für die Magazine kommt. Ich werd ihm sagen: 'Ich tu's nicht gern, aber es ist meine moralische Verpflichtung, übertriebene Forderungen, die die Rentabilität des Betriebes gefährden und damit auch die Arbeitsplätze bedrohen, abzulehnen, und das bitte, hab ich von Kardinal König persönlich'.

Weißt du was, Schatzi, ich hab eine Idee: morgen früh, vorm Golfspielen, gehen wir zwei einmal in die Kirche. Ich glaub zwar nicht an Adam und Eva und die Erschaffung der Welt in sieben Tagen, aber etwas ist dran an der Geschichte, etwas ist dran!" (tz)